

Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa

18. Dezember 2014

Herr Bruns

+32 2 230 2765

Vorlage für die Sitzung des Senats am 13. Januar 2015

Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012

A. Problem

Der Senat beschloss am 10. Juli 2012 die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode. Der Beschluss beinhaltete die Bitte des Senats an die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, die Umsetzung der EU-Strategie in Abstimmung mit allen Ressorts zu evaluieren und ihm zum Ende der laufenden Legislaturperiode Bericht zu erstatten.

B. Lösung

Die Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen wird hiermit vorgelegt. Sie enthält eine zusammenfassende Evaluierung der wichtigsten Umsetzungsschritte, die in den drei Handlungsfeldern der Strategie sowie in Bezug auf die Europafähigkeit der Verwaltung und die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in dieser Legislaturperiode erreicht worden sind. Zusätzlich ist der Evaluierung eine tabellarische Übersicht über die Ergebnisse der einzelnen in der Strategie enthaltenen Maßnahmen als Anlage beigefügt.

Ebenso wie die EU-Strategie selbst ist auch die Evaluierung entsprechend der „Strategie Europa 2020“ der Europäischen Union in die drei Handlungsfelder „Intelligentes Wachstum“, „Nachhaltiges Wachstum“ und „Integratives Wachstum“ gegliedert.

Die Evaluierung wurde unter Federführung der Europaabteilung der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa erarbeitet und über den Arbeitskreis der EU-Koordinierungsreferentinnen und –referenten inhaltlich mit allen Ressorts, der Senatskanzlei, dem Magistrat Bremerhaven und der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau abgestimmt.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Genderprüfung

Die Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie hat weder finanzielle, personalwirtschaftliche noch geschlechtsspezifische Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, dem Senator für Inneres und Sport, dem Senator für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Gesundheit, dem Senator für Kultur, der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, der Senatorin für Finanzen sowie dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Senat nimmt die Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode und die tabellarische Übersicht über die Ergebnisse der Einzelmaßnahmen zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet den Präsidenten des Senats, dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft die Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode (ohne die tabellarische Übersicht) mit anliegendem Anschreiben zu übermitteln.

Anlage: Entwurf des Anschreibens an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

DER PRÄSIDENT DES SENATS

An den
Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft
Herrn Christian Weber
- Haus der Bürgerschaft -

28195 Bremen

Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Senat übermittelt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) anliegend die Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen vom Juli 2012.

Die Evaluierung enthält eine zusammenfassende Bewertung der wichtigsten Umsetzungsschritte, die in den drei Handlungsfeldern der Strategie sowie in Bezug auf die Europafähigkeit der Verwaltung und die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in dieser Legislaturperiode erreicht worden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Böhrnsen

Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012

Vorbemerkung

Im Juli 2012 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen die EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode beschlossen und der Bremischen Bürgerschaft zugeleitet.

Zum Ende der Legislaturperiode legt der Senat hierzu eine Evaluierung vor. Sie fasst die wichtigsten Umsetzungsschritte zusammen, die in den drei Handlungsfeldern der Strategie sowie in Bezug auf die Europafähigkeit der Verwaltung und die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in dieser Legislaturperiode erreicht worden sind. Ebenso wie die EU-Strategie selbst ist auch die Evaluierung entsprechend der „Strategie Europa 2020“ der Europäischen Union in die drei Handlungsfelder „Intelligentes Wachstum“, „Nachhaltiges Wachstum“ und „Integratives Wachstum“ gegliedert. Dabei wurden, wo dies möglich war, auch die quantitativen Ziele auf der Ebene des Landes Bremen überprüft.

Bei den vorgenommenen Schwerpunktsetzungen handelt es sich in der Regel nicht um Projekte mit fixen Anfangs- und Endzeitpunkten, sondern vielfach um Vorhaben und Maßnahmen, die über die Legislaturperiode hinausweisen. Daher sind an geeigneter Stelle auch Anmerkungen zur Kontinuität und zu Perspektiven der Ziele aufgenommen worden.

Handlungsfeld „Intelligentes Wachstum“

Die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft wird in Bremen zum einen durch die integrierte Strukturpolitik umgesetzt, zum anderen durch die Stärkung der Forschung und der Wissenschaft.

Integrierte Strukturpolitik

Ziel der integrierten Strukturpolitik ist die Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Ziel spiegelte sich auch im Bremer Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2007 – 2013 wider, das ca. zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung des Wachstums durch Innovationen und Wissen eingesetzt hat. Diese Schwerpunktsetzung wird durch das EFRE-Programm 2014 – 2020 fortgesetzt.

Die Bündelung der Kompetenzen in den drei ausgewählten Innovationsclustern Luft- und Raumfahrt, Maritime Wirtschaft und Logistik sowie Windenergie wurde in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut. Dies trug zur Stärkung von Bremens Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa bei. Es zeigte sich, dass die Verzahnung der Innovationspolitik mit den übrigen Landesstrategien und –programmen eine Herausforderung war, die es zu meistern galt. Ein besonderes Augenmerk soll im EFRE-Programm 2014 - 2020 darauf gelegt werden, in den drei Innovationsclustern Frauen als Fachkräfte für diese Zukunftsbranchen zu gewinnen und mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

Innovationscluster Luft- und Raumfahrt

Bremen hat in den letzten Jahren durch mehrere Projekte zum Bereich Leichtbaumaterialien oder Flugrobotik seine Kompetenzen für den Bereich des Innovationsclusters Luft- und Raumfahrt stärken können. Auf der 2012 abgehaltenen Ministerratskonferenz der Europäischen Weltraum Agentur ESA wurden Beschlüsse gefasst, die Bremen als einen der wichtigsten Standorte in Europa für den Bereich der Ariane-Raketen und des ISS-Weltraumlabor bestätigten haben.

Mit den im Schlüsselprojekt Technologiezentrum EcoMaT („Center for Eco-efficient Materials & Technologies“) gebündelten Bremer Kompetenzen in den Bereichen innovative Materialien, Leichtbau und Oberflächentechnologie soll Bremen als Luft- und Raumfahrtstandort weiter gestärkt werden. Eine Ausweitung auf weitere industrielle Branchen ist perspektivisch vorgesehen. Mit dem Projekt sollen neue Formen der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft mit Beteiligung von Schlüsselunternehmen (z.B. Airbus) und regionalen KMU umgesetzt werden. Nach Abschluss der aufwendigen Planungen konnte im Oktober 2014 die Realisierung beginnen.

Bremen hat in den letzten Jahren ebenfalls die Berufsausbildungsmöglichkeiten im Bereich Luft- und Raumfahrt neu gestaltet und in ein Netzwerk aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung integriert. Teil davon ist auch das Technische Bildungszentrum Mitte, eines von drei Ausbildungsinstituten in der Region, das von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit EASA zertifiziert ist.

Innovationscluster Maritime Wirtschaft / Logistik

Im Bereich des Innovationsclusters Maritime Wirtschaft / Logistik konnte Bremen die bereits vorhandenen Kompetenzen im Bereich maritime Sicherheit in den vergangenen Jahren weiter ausbauen: Das von Unternehmen und der Wirtschaftsförderung gegründete branchenübergreifende Netzwerk MARISSA (Maritime Safety and Security Applications) ist aktiv in die Ausgestaltung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien (NMMT) eingebunden. Mit dem vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) koordinierten „Forschungsverbund Maritime Sicherheit“ werden am Standort Bremen u.a. die Kompetenzen im Bereich Satellitenmissionen und Erdbeobachtung zur Verbesserung der maritimen Sicherheit genutzt.

Am Robotics Innovation Center (RIC) des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Bremen wurden in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Robotik der Universität Bremen mobile Robotersysteme entwickelt, die an Land, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum für komplexe Aufgaben eingesetzt werden. Um die Robotersysteme in verschiedenen Unterwasserszenarien realitätsnah testen zu können, hat das DFKI in eine europaweit einmalige Testlandschaft für maritime Technologien investiert. Die auch mit EFRE-Mitteln finanzierte Anlage wurde am 28. April 2014 eröffnet. Die Infrastruktur- und Forschungsthemen wurden 2014 innerhalb von zwei „We have a lot of Talents“-Veranstaltungen in Brüssel präsentiert (zu Maritimer Robotik und Raumfahrt und Robotik).

Ferner konnten erstmals für Bremen Fördermittel aus dem europäischen Programm „Transeuropäische Netze“ (TEN) im Bereich Transport eingeworben werden. Diese werden im Bereich der Hafeneisenbahn und für ein LNG-Transportschiff für Baggage eingesetzt.

Mit der Ausrichtung des jährlich stattfindenden Kongresses Europäischer Tag der Meere im Mai 2014 konnte Bremen sich als kompetenter maritimer Standort in Europa präsentieren.

Der Kongress stand 2014 unter dem Titel „Innovation driving Blue Growth“ mit Schwerpunktthemen zu Innovation und Maritimen Technologien und wurde gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Bundesverkehrsministerium gestaltet, ca. 1.200 Akteure aus maritimer Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Forschung sind dazu nach Bremen gekommen.

Bremen hat für die Jahre 2015-2016 eine enge Kooperation der bestehenden Strukturen im Lande Bremen mit dem „Maritimen Cluster Norddeutschland (MCN) vereinbart. Bremen wird dies zum Anlass nehmen, z.B. maritime Technologien der Zukunft und Schiffsbauzulieferunternehmen noch stärker in den Fokus des maritimen Clusters Bremen zu nehmen und gemeinsam mit den norddeutschen Ländern die EU-Förderprogramme zu adressieren.

Innovationscluster Windenergie

Das Innovationscluster Windenergie wurde in den vergangenen Jahren weiter gestärkt und profiliert. In Bremerhaven wurden Bereiche des Fischereihafengebiets für die weitere Entwicklung der Offshore-Windenergie-Branche bereitgestellt, während in Bremen der Bereich der Onshore-Windenergie gestärkt wurde. Die vom Bremerhavener Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) angebotenen Dienstleistungen zu Testmöglichkeiten von Windräder-Bauteilen sind ein wichtiger Standortfaktor.

Die Windenergieagentur WAB hat sich seit ihrer Gründung zum erfolgreichsten Windenergie-Cluster in Deutschland und zu einem bundesweit und international bekannten und anerkannten Akteur im Windenergiebereich entwickelt.

Die Freie Hansestadt Bremen sieht in dem Innovationscluster Windenergie nach wie vor ein wichtiges Handlungsfeld und hat die Realisierung des Offshore-Terminals Bremerhaven weiter vorangetrieben. Im September 2014 konnten mit dem Abschluss des sogenannten Erörterungstermins die Voraussetzungen geschaffen werden, um über den Antrag zum Bau der Hafenanlage zu entscheiden.

Mit dem „Betrieblichen Bündnis zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Windenergie“ wurde eine handlungsorientierte Partnerschaft zwischen Betrieben, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften, Agentur für Arbeit, Magistrat Bremerhaven, Senatsressorts und der WAB geschaffen.

Während der Krise in der Windenergiebranche konnte mit diesem Bündnis eine Übergangslösung durch Qualifizierung in Kurzarbeit gefunden werden. Für die zukünftige Sicherung des Fachkräftebedarfs wurden Kooperationen mit der Universität Bremen und der Hochschule Bremerhaven eingegangen bzw. verstärkt und auch Studiengänge eingerichtet.

Stärkung von Forschung und Wissenschaft

Im Forschungsbereich hat sich Bremen frühzeitig auf die EU-Wachstumsprogrammatik fokussiert und sich so auf das neue Forschungs- und Innovationsprogramm HORIZON 2020 vorbereitet. Für den Zeitraum 2014 – 2020 wurde eine auch für den Forschungsstandort Bremen wichtige Akzentuierung auf Innovation und andere intelligente, wachstumsfördernde Entwicklungen vorgenommen. Damit steigen die Ausgaben für HORIZON 2020 um 30 % gegenüber dem vorherigen 7. Forschungsrahmenprogramm. Gleichzeitig wird erwartet, dass die zu steigenden nationalen Investitionen von Bund und Ländern komplementär zu den Investitionen aus dem EU-Budget (HORIZON 2020 und Strukturfondsmittel) effektiv, entsprechend den regionalen und nationalen Strategien (z. B. Smart Specialisation Strategy)

und mit einem Fokus auf die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen, eingesetzt werden. Bei den bremischen Maßnahmen im Bereich Forschung und Wissenschaft wurden daher Synergien mit anderen Politikbereichen (z.B. Strukturfondsprogrammierung, Regionale Innovationsstrategie) angestrebt und realisiert.

Bremer Wissenschaftsplan 2020

Die Kriterien der Wissenschaftsschwerpunkte wie internationale Sichtbarkeit und Exzellenz, decken sich mit den Zielen der bremischen EU-Strategie und tragen zu deren Umsetzung bei. Mit dem Wissenschaftsplan 2020 vom August 2014 hat das Land Bremen die fünf Wissenschaftsschwerpunkte Meereswissenschaften (einschl. Umweltwissenschaften), Materialwissenschaften (einschl. Luft- und Raumfahrt), Informations- und Kommunikationswissenschaften (einschließlich Logistik und Robotik), Sozialwissenschaften sowie Gesundheitswissenschaften weiterentwickelt. Die Wissenschaftsschwerpunkte sind durch intensive Kooperationen der Universität Bremen, der Landesinstitute, der von Bund und Länder finanzierten Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer Gesellschaft und der Leibniz-Gesellschaft geprägt. Sie sind eng verknüpft mit den Innovationsclustern des Landes in der Windenergie, der Luft- und Raumfahrt sowie der Maritimen Wirtschaft / Logistik. Damit wurden die Grundlagen für die Einwerbung von EU-Mitteln nochmals verbessert.

Erfolgreiche Einwerbung von EU-Fördermitteln

Im bundesdeutschen Vergleich konnte Bremen mit den gesteigerten Drittmitteln zur Förderung von Forschung und Wissenschaft überdurchschnittlich hohe Zuwendungen erzielen. Dazu gehört auch die erfolgreiche Einwerbung von europäischen Drittmitteln zum Ausbau der Exzellenz des Wissenschaftsstandortes. So konnten 2,3 % der deutschen Drittmittel aus dem Exzellenz-Förderprogramm ERC (European Research Council) der EU eingeworben werden. Bis Juni 2014 ergibt sich für Bremen insgesamt eine Steigerung der Drittmittelhöhe auf rd. 198 Mio. € aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm. Das sind 2,8 % aller nach Deutschland geflossenen Zuwendungen, womit Bremen als kleinstes Bundesland mit dem Platz zehn im Länderranking einen überproportional guten Platz einnimmt.

Die Ausgaben des Landes für Forschung und Entwicklung (FuE) konnten in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Laut Statistischem Bundesamt hat Bremen im Jahr 2012 2,71 % des BIP für FuE (Bund: 2,88 %) ausgegeben. Damit nähert sich Bremen an das Europa 2020-Ziel, 3 % des BIP als Ausgabe für Forschung zu erreichen.

Der Beitrag des bremischen Wissenschaftsstandorts (Bremen und Bremerhaven) zur Vollendung des Europäischen Forschungsraums ist hervorzuheben: Das bremische Wissenschaftssystem arbeitet effektiv, indem es die Prioritäten des Europäischen Forschungsraums berücksichtigt und Peer Review Standards anwendet. Es zeichnet sich durch vielfältige regionale, nationale und internationale Zusammenarbeit seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie der Institutionen aus. Die Gendergleichstellung ist in Forschung und Entwicklung zunehmend von strategischer Relevanz. Der offene Zugang zu Forschungsergebnissen (Open Access) wird laufend verbessert.

Handlungsfeld „Nachhaltiges Wachstum“

Europäische und Bremer Klima- und Energieziele weiterentwickeln

Ende Oktober 2014 hat der Europäische Rat neue klima- und energiepolitische Ziele bis zum Jahr 2030 verabschiedet. Ein Beschluss über einen langfristigen Klima- und Energierahmen soll den Akteuren in Wirtschaft und Industrie eine bessere Planbarkeit bei langfristigen Investitionen geben. Zudem muss die EU rechtzeitig vor der UN-Klimakonferenz 2015, auf der für mehr als 190 Staaten verbindliche Klimaziele ab 2020 vereinbart werden sollen, eine einheitliche Position einnehmen.

Für Bremen als europäisch profilierter Standort der Offshore-Windenergie sind ambitionierte klima- und energiepolitische Entscheidungen auf europäischer Ebene von großer Bedeutung, da sie auch Auswirkungen auf die Entwicklung des europäischen Offshore-Windenergiesektors entfalten. Bremen unterstützt daher ambitionierte europäische Klimaziele.

Das Land Bremen hat sich mit dem Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 (KEP) eine ehrgeizige Strategie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen gegeben. Ziel ist es, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 % zu reduzieren. Eine ambitionierte Klimapolitik auf europäischer und nationaler Ebene erleichtert es den Bundesländern und Kommunen, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und ihre eigenen Klimaziele zu erreichen. Im Rahmen der anstehenden Fortschreibung des KEP bis 2030 wird der europäische Klima- und Energierahmen daher ein wichtiger Orientierungsrahmen für Bremen sein.

Ein Monitoring der Entwicklung der CO₂-Emissionen im Land Bremen hat deutlich gemacht, dass zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die ambitionierten bremischen Klimaziele bis 2020 zu erreichen. Das Bremer EFRE-Programm 2014 – 2020 legt daher einen Schwerpunkt auf die Förderung von CO₂-effizienten Wirtschafts- und Stadtstrukturen, 20 % der Mittel sind für diesen Bereich vorgesehen. Die Maßnahmen sollen die bisherigen Anstrengungen im Bereich CO₂-Reduktion und Energieeffizienz gezielt verstärken.

Anpassung an den Klimawandel

Die Europäische Kommission misst der Anpassung an den Klimawandel zunehmend eine größere Bedeutung bei. So hat sie im April 2013 eine europäische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorgelegt. Bremen ist in unterschiedlicher Weise von den Folgen des Klimawandels betroffen (beschleunigter Meeresspiegelanstieg, extreme Wetterereignisse). Bremen hat die Thematik der Anpassung an den Klimawandel in seinem Landschaftsprogramm sowie im neuen Flächennutzungsplan aufgegriffen. Das Forschungsprojekt „nordwest2050“, das die Chancen und Risiken von Klimaänderungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg analysiert, wurde 2014 erfolgreich abgeschlossen. Über die Metropolregion Bremen-Oldenburg beteiligt sich Bremen am Folgeprojekt „Interkommunale Koordinierungsstelle Klimaanpassung“. In Ergänzung zur europäischen und nationalen Anpassungsstrategie wird das Land gemeinsam mit den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel erarbeiten. Bisherige sektorale Erfahrungen (z. B. beim Küstenschutz) werden genauso in den Strategieentwicklungsprozess integriert wie Projektergebnisse (z. B. Forschungsprojekt nordwest2050).

Nachhaltige städtische Mobilität

Nach einem umfangreichen Beteiligungsverfahren ist mit dem Beschluss des Bremer Verkehrsentwicklungsplans (VEP) 2025 eine strategische Weichenstellung für die verkehrliche Entwicklung der Stadtgemeinde Bremen gelegt worden. Dieses Beteiligungsverfahren wurde auf europäischer Ebene durch den CIVITAS Award 2014 besonders gewürdigt.

In den letzten Jahren ist es gelungen, weitere europäische Projektmittel im Bereich des verkehrlichen Klimaschutzes einzuwerben (CareNorth+ Projekt zur Förderung CO₂-verantwortlicher Verkehrsstrategien, Clean Fleets zur Förderung energieeffizienter Fahrzeuge in der Beschaffung). Bremen konnte sich als europäischer Vorreiter im Bereich der Entwicklung des Car-Sharings weiter profilieren. Das Bremer Engagement in diesem Bereich wurde u. a. durch den „European Energy Award 2013“ in der Kategorie Verkehr gewürdigt. Zudem ist es gelungen, das Bremer Car-Sharing-System weiter auszubauen (Eröffnung vier neuer Stationen). Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der weiteren Elektrifizierung des ÖPNV als verkehrspolitisch besonders sinnvoller Beitrag zur Elektromobilität. Die neuen EU-Förderprogramme (insbesondere Interreg Nord- und Ostseeprogramm sowie HORIZONT 2020) bieten für Bremen gute Möglichkeiten, weiterhin europäische Fördermittel im Bereich der städtischen Mobilität einzuwerben und Projektideen gemeinsam mit europäischen Partnern umzusetzen.

Handlungsfeld „Integratives Wachstum“

Ziel des integrativen Wachstums ist ein ausgeprägter sozialer und territorialer Zusammenhalt und eine Wirtschaft mit einem hohen Beschäftigungsniveau.

Dafür gilt es, die allgemeine und berufliche Bildung sowie die Beschäftigungschancen der Bürgerinnen und Bürger durch Investitionen in Bildung und Mobilität, lebenslanges Lernen und soziale Eingliederung zu fördern, um so die beschäftigungs-, bildungs- und sozialpolitischen Ziele der Europa 2020-Strategie umzusetzen.

Steigerung der Erwerbstätigkeit und des Fachkräftepotentials

Die Freie Hansestadt Bremen arbeitet mit verschiedenen strategischen Initiativen daran, die Herausforderungen dieses Handlungsfeldes zu bewältigen. Zur Zusammenführung der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Handlungsfelder in eine kohärente Strategie wurde das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm BAP verabschiedet, das sich zu einem großen Teil aus Mitteln der EU finanziert. Ergänzend hat die Bremische Bürgerschaft im Haushalt 2014/2015 jeweils vier Millionen Euro Landesmittel für die Arbeitsförderung, insbesondere zur Gestaltung der neuen Ausbildungsgarantie beschlossen. Hintergrund war auch, dass die Mittel des Bundes deutlich gekürzt wurden.

Zur Sicherung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Fachkräfteangebotes wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, zur Verbesserung beruflicher Qualifikationen, zur Optimierung der Übergänge in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, zur Erhöhung der Integrationschancen Langzeitarbeitsloser sowie zur Unterstützung für gute, sozialversicherungspflichtige Arbeit durchgeführt. Frauen, Alleinerziehende und Migrantinnen stehen besonders im Fokus, weil sie in Bremen bislang eine relativ niedrige Erwerbsbeteiligung aufweisen.

Mit der Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro im Jahr 2012 hat Bremen sich als erstes Land der Problematik angenommen. Der Bremer Senat hat den Mindestlohn auf 8,80 Euro mit Wirkung ab dem 01.10.2014 angehoben.

Die Bremer Pflegeoffensive arbeitet seit 2012 gegen den sich in den Gesundheits- und Erziehungsberufen abzeichnenden Fachkräftemangel an und konnte die Zahl der Erstausbildungsplätze spürbar erhöhen.

Ein ebenfalls wesentlicher Baustein für die Fachkräftesicherung ist die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Das entsprechende Bremer Gesetz ist im Februar 2014 in Kraft getreten. Bemerkenswert ist der gesetzlich verankerte Beratungsanspruch.

Viele arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden aus dem Bremer Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2007 – 2013 gefördert. Das Programm hat die strategischen Ziele „Zukunftsbranchen stärken, um das Arbeitskräfteangebot für Frauen und Männer zu erhöhen“, „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken“ und „Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt steigern“.

Für die Förderperiode 2014 – 2020 wurden das BAP und das ESF-Programm neu ausgerichtet und in ihrer Struktur vereinheitlicht. Deutlicher Fokus des neuen BAP ist die Integration in den Arbeitsmarkt und damit die Armutsbekämpfung. Die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung, von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von Frauen und Männern sind als Querschnittsziele Bestandteil der Programmumsetzung. Ein weiteres Querschnittsziel nimmt den Abbau lokaler Disparitäten in den Blick. Der sozialräumliche Ansatz wird insbesondere in den Bereichen Beschäftigungsförderung und Förderung der sozialen Teilhabe gestärkt.

Förderung junger Menschen

Nach der vollzogenen Schulreform ist Bremen insbesondere im Bereich der schulischen Inklusion gut aufgestellt. Die meisten besonders förderbedürftigen Kinder und Kinder mit Behinderung gehen auf eine Regelschule. Um Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe zu bündeln und weiterzuentwickeln, wird ein umfassender Landesaktionsplan erarbeitet.

Mit Blick auf die Zielgruppen wird ein deutlicher, auch finanzieller Schwerpunkt auf junge Menschen bis 25 Jahren gelegt. Ihnen soll der Zugang zu Ausbildung und damit existenzsichernder Arbeit ermöglicht werden. Dafür wird die Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen im Land Bremen neu organisiert. Mit den "Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014 - 2017", deren Ziel die Stärkung der dualen Ausbildung im Land Bremen und die Fachkräftesicherung für die Wirtschaft ist, wurde dazu ein erster Baustein gelegt.

Für die „Ausbildungsgarantie“ werden derzeit gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft die Eckpunkte beraten.

Ein wichtiges Fundament für das erfolgreiche Agieren am Ausbildungsmarkt und die nachhaltige Senkung des hohen Anteils an Ungelernten unter den arbeitslosen jungen Menschen unter 25 Jahren bildet die geplante „Jugendberufsagentur“. Damit hat sich Bremen das ehrgeizige Ziel gesetzt, eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu etablieren. In Kürze wird eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet. Sie regelt die Kooperation zwischen den Fachressorts, der Dezernate des Magistrats Bremerhaven, der Agentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven und der Jobcenter

in Bremen und Bremerhaven auf Landesebene. Bremerhaven bereitet ergänzend einen Vertrag auf kommunaler Ebene vor. Darüber hinaus wird eine verbindliche Zusammenarbeit mit den für Berufsbildung und Beratung zuständigen Kammern und Unternehmensverbänden des Landes Bremen in Form einer gesonderten Kooperationsvereinbarung sichergestellt.

In der Europaminister-Konferenz im März 2014 haben die Europaminister der Länder unter bremischem Vorsitz einen Beschluss zum Thema „Jugend in Europa“ gefasst: die jugendpolitischen Maßnahmen sollen nicht nur die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, sondern auch die Förderung des gesellschaftlichen Engagements und die soziale Eingliederung umfassen. Das Land Bremen erstellt in diesem Sinne ein europapolitisches Jugendkonzept.

Mehr Hochschulabsolventen und -absolventinnen, weniger Schulabbrecher und Schulabbrecherinnen

Laut den am 11. April 2014 von Eurostat vorgelegten Zahlen sind die bildungspolitischen Ziele der Europa 2020-Strategie erreichbar, d.h. es könnte gelingen, den Anteil der Hochschulabsolventen/-innen im EU-Durchschnitt auf 40 % zu erhöhen und den Anteil der Schulabbrecher/-innen¹ auf unter 10 % zu senken. In allen Mitgliedstaaten ist der Anteil junger Menschen mit Hochschulabschluss gestiegen: 2013 betrug er fast 37 % (in 2007: 29,9 %). Gleichzeitig ist der Anteil der Schulabbrecher/-innen im Jahr 2013 auf 12 % (2007: 14,9 %) ² gesunken.

Wie auf EU-Ebene lässt sich auch im Land Bremen eine positive Entwicklung in diesen Bereichen feststellen. So ist der Prozentsatz der Schulabbrecher/-innen von 2005 (19,1 %) bis 2012 (13,3 %) deutlich gesunken.³ Dazu haben umfangreiche Maßnahmen wie die im Zuge der Schulreform durchgeführte Veränderung der Schulstruktur mit Einführung der Oberschulen, der Zentren für Unterstützende Pädagogik (ZuP), der Werkschulen, dem Ausbau der Ganztagschulen und der frühkindlichen Sprachförderung beigetragen. Mit Hilfe der Schulreform und der geplanten Bremer Ausbildungsgarantie soll allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Zugang zu Ausbildung und Arbeit in Bremen und Bremerhaven ermöglicht und damit die Schulabbrecherquote weiter verringert werden. Der Senat hat Ende April 2014 unabhängig von der noch ausstehenden Weiterfinanzierung durch den Bund, die Fortführung der Sozialarbeit an den Schulen in Bremen und Bremerhaven mit einer einmaligen finanziellen Unterstützung für 2014 und 2015 mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln beschlossen. Schulsozialarbeit ist anerkanntermaßen nicht nur sozial- und bildungspolitisch sinnvoll, sondern fördert auch die Ausbildungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Problemlagen.

Während die Schulabbrecherquote im Land Bremen gesunken ist, ist die Zahl der Hochschulabsolventen/-innen im Land Bremen gestiegen. Waren es im Jahr 2007 noch 4.039 Absolventen/-innen, so konnten im Jahr 2012 5.888 Studenten/-innen einen Abschluss (Bachelor, Master und Übrige) vorweisen⁴. Diese positive Entwicklung resultiert u.a. aus einer erweiterten Durchlässigkeit im Bremischen Bildungssystem. Das Landeskonzept „Offene Hochschule – offene Weiterbildung“ soll auch in Zukunft dazu beitragen, den

¹ Nach EU-Definition Bevölkerung im Alter von 18 bis 24 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

² Pressemitteilung von Eurostat vom 11. April 2014 abrufbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-14-57_de.htm.

³ Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (Statistisches Bundesamt), Mikrozensusdaten.

⁴ Statistische Daten zu Studienangeboten an Hochschulen in Deutschland der HRK, Wintersemester 2013/14.

Übergang beruflich Qualifizierter an die Hochschulen und die Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten auf Hochschulniveau für Arbeitssuchende, Beschäftigte, Berufsrückkehrer/-innen und andere Zielgruppen weiter auszubauen. Über die Hochschulgesamtplanung im Bremer Wissenschaftsplan 2020 sollen die Hochschulbildung und die Studienangebote noch attraktiver gemacht und die Quote der Hochschulabsolventen/-innen im Land Bremen weiter gesteigert werden. Den Anteil von Frauen in den MINT-Studiengängen weiter zu erhöhen, ist ebenso ein wichtiges Ziel.

Förderung des lebenslangen Lernens und der Mobilität

Bremen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Mobilität von Lernenden und Lehrenden aller Bildungsstufen zu fördern. Mobilität ermöglicht es, neues Wissen und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, Sprachkenntnisse zu erweitern, die persönliche Entwicklung voranzubringen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Dementsprechend wurde das Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen, das Ende 2013 ausgelaufen ist, umfangreich genutzt. In den Jahren 2008 bis 2013 wurde im Rahmen der Unterprogramme Comenius (Schulbildung) und Leonardo da Vinci (Berufliche Bildung) eine Vielzahl von Projekten durchgeführt. Kooperationen zwischen Bremer und europäischen Schulen sowie außerschulischen Partnern wurden geschlossen, die beteiligten Bildungsbehörden haben zusammengewirkt. Auch das Unterprogramm Erasmus (Hochschulbildung) wurde stark genutzt. Mit 2,6 % Erasmus-Studierenden nimmt Bremen den ersten Platz unter den Hochschulstandorten aller Bundesländer ein (Durchschnittsquote bundesweit: 1,4 %).

Im Gegensatz dazu war die Bremer Beteiligung am Unterprogramm Grundtvig (Erwachsenenbildung) gering. Grund dafür ist die knappe Ausstattung der Weiterbildungseinrichtungen mit festem Personal. Vor diesem Hintergrund besteht auch in Zukunft kaum die Möglichkeit, Personal für Auslandsaufenthalte freizustellen und damit die Zahl der Projekte zu steigern.⁵

Der Ausbau der Mobilität von Lernenden und Lehrenden aller Bildungsstufen in Bremen soll unter dem Großprogramm Erasmus+, das Anfang 2014 angelaufen ist, fortgeführt werden.

Soziale und nachhaltige Stadtentwicklung

Mit Hilfe kommunaler (z. B. Wohnen in Nachbarschaften), nationaler und europäischer (ESF- und EFRE-Programm 2007 – 2013) Programme konnten in der Vergangenheit vielfältige Maßnahmen der integrierten Stadtentwicklung zur Stärkung der sozialen Integration sowie zur Bekämpfung von Armut umgesetzt werden, zum Beispiel die Förderung von Stadtteilinitiativen oder der Bau von Quartiersbildungszentren. Das EFRE-geförderte Quartierszentrum Robinsbalje ist von der Europäischen Kommission als beispielhaft für einen erfolgreichen Einsatz von EFRE-Mitteln im Stadtentwicklungsbereich ausgewählt worden. Der Bau eines weiteren Quartierszentrums in Huckelriede ist beschlossen. Maßnahmen der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung können in ausgewählten Schwerpunktgebieten (u. a. Bremer Westen) im Rahmen des Bremer EFRE-Programms 2014 – 2020 auch weiterhin gefördert werden. Auch in der neuen Förderperiode arbeiten die beiden Fonds ESF und EFRE bei der Unterstützung der sozialräumlichen Strukturen eng zusammen. Der EFRE unterstützt mit einem territorialen Ansatz die Stabilisierung benachteiligter Stadtteile durch integrierte Entwicklungsansätze. Bei der Verbesserung der

⁵ Vorlage Nr. L 109/18 für die Sitzung der staatlichen Deputation für Bildung am 23. Mai 2014.

Beschäftigungsfähigkeit und der Bildungschancen in diesen Quartieren werden die EFRE-Ansätze und die ESF-Förderung im Sinne einer integrierten Strategie umgesetzt, um die Ressourcen in den geförderten Stadtteilen mit besonders starken Armuts- und Arbeitslosigkeitsproblemen nachhaltig zu stärken.

Die Umsetzung des Leitbilds Stadtentwicklung, das die wesentlichen Weichen für eine sozial gerechte und energetisch-nachhaltige Stadtentwicklung formuliert, hat begonnen, z. B. im Bremer Westen und im Hulsbergquartier im Rahmen des Konzepts „vitale Quartiere“. Auch im Landschaftsprogramm sowie im Flächennutzungsplan wurden die Gedanken des Leitbilds Stadtentwicklung verankert.

Maßnahmen zur Umsetzung bremischer Europapolitik

Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu europapolitischen Themen wurde in der EU-Strategie als ein zentraler Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung der bremischen EU-Politik identifiziert. Eine der wichtigsten Aufgaben ist dabei der europapolitische Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes.

Die wachsende Bedeutung der europäischen Entwicklungen bei gleichzeitig wachsendem Europaskeptizismus hat die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Jahren vor besondere und immer wieder neue Herausforderungen gestellt. Das Bild der EU war in der Öffentlichkeit dabei auf der einen Seite geprägt von den anhaltenden Auswirkungen der finanz- und wirtschaftspolitischen Erschütterungen und der häufig schwer nachvollziehbaren Willensbildung der europapolitischen Akteure und Entscheidungsträger. Zum anderen fanden im Mai 2014 die Wahlen zum neuen Europäischen Parlament statt, wobei in Deutschland und auch in Bremen erstmalig seit langer Zeit der Rückgang der Wahlbeteiligung gestoppt werden konnte.

Auch in Bremen war in den vergangenen Jahren eine Parallelität von wachsendem Interesse an europapolitischen Fragestellungen und gleichzeitiger Zurückhaltung gegenüber konkreten Maßnahmen der EU zu beobachten. Das wachsende Interesse lässt sich besonders gut an der stetig steigenden Zahl von Veranstaltungen mit Europabezug mit ebenso steigenden Teilnehmerzahlen ablesen. Der EuropaPunktBremen hat sich dabei als „der“ Veranstaltungsort für europapolitische Veranstaltungen in Bremen etabliert. Er wird von vielen verschiedenen, untereinander gut vernetzten, europapolitisch aktiven Akteuren genutzt und ist aus der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Lande Bremen nicht mehr wegzudenken. Dabei lässt sich an den Themen für die Veranstaltungen wie z. B. Handelsabkommen USA – EU TTIP, Wasser-Richtlinie, Eurokrise, europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik erkennen, dass es einen großen Bedarf für einen kritischen Diskurs über europäische Politikfelder gibt.

Die Herausforderung der Zukunft wird es daher sein, das derzeit verstärkt erkennbare Interesse an europäischen Themen so aufzugreifen, dass man dabei sowohl dem Bedarf der Öffentlichkeit an differenzierter Auseinandersetzung wie auch zugleich der Stabilisierung der europäischen Integration und bremischer Interessen in diesem Prozess gerecht wird. Da sich Europapolitik realitätsnah und besonders überzeugend am Beispiel konkreter, für die Menschen vor Ort relevanter Themen vermitteln lässt, bedarf es hierzu neben dem

Engagement der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa auch weiterhin der Initiative der Fachressorts, die mit ihren jeweiligen Arbeitsbereichen ganz unterschiedliche Gruppen von Menschen praxisbezogen und bürgernah adressieren können. Als besonders wirkungsvoll werden darüber hinaus die europapolitische Bildung und Fortbildung bewertet. Durch die Europabildung an den Schulen wird die nachfolgende Generation erreicht und damit „in die Zukunft“ investiert.

Europafähigkeit der Verwaltung

Als Bundesland setzt Bremen in vielen Politikbereichen europäische Gesetze um, die sich auf den Alltag der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Im Vorfeld von Gesetzgebungsprozessen ist daher eine frühzeitige Bewertung und Reaktion im Sinne der bremischen Interessen durch die Bremer Verwaltung unabdingbar. Bremen profitiert zudem von europäischen Förderprogrammen und bringt seine Interessen in die europäischen Netzwerke ein, in denen es Mitglied ist. Um die dargestellten Aufgaben bewältigen zu können, ist der Erhalt und die Stärkung der Europafähigkeit der Bremer Verwaltung von entscheidender Bedeutung. Zur Erreichung dieses Ziels stehen verschiedene Instrumente zur Verfügung.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an kürzeren Hospitationsprogrammen in Brüssel (Hospitationen in der Bremer EU-Vertretung, Teilnahme am zweiwöchigen EU-Programm „Erasmus for Public Administration“) hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Dazu hat auch beigetragen, dass in der EU-Strategie das Hospitationsprogramm in der Landesvertretung in Brüssel mit acht Hospitationsplätzen pro Jahr konkret verankert worden ist. Längerfristige EU-Fortbildungsprogramme werden dagegen kaum wahrgenommen. So wird das Angebot für Angehörige des Führungskräftenachwuchspools, eine längere Hospitation (bis zu sechs Monaten) in der Bremer EU-Vertretung zu absolvieren, bislang kaum genutzt, und Bremen entsendet nach wie vor keinen „Nationalen Experten“ in die EU-Institutionen.

Längerfristige Entsendungen stellen die entsendenden Ressorts vor die Herausforderung einer Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung während der Zeit der Entsendung. Diese Situation wird sich durch die Notwendigkeit weiterer Einsparmaßnahmen im Personalbereich in den nächsten Jahren nicht verbessern. Demgegenüber steht jedoch die Tatsache, dass die Fachressorts nach der Rückkehr des Beschäftigten von einer längerfristigen Entsendung in erheblichem Maße vom fachlichen Wissen sowie den neu gewonnenen Kontakten profitieren können.

Vor diesem Hintergrund wurde bereits vereinbart, dass die Teilnahme an längerfristigen EU-Qualifikationsangeboten zukünftig stärker als Baustein der Personalentwicklung wahrgenommen werden sollte. Die Nachwuchsführungskräfte sollten verstärkt auf die Ausbildungsstation in der Bremer EU-Vertretung hingewiesen werden. Als zukünftige Führungskräfte können die Mitglieder des Führungskräftenachwuchspools die zum Beginn ihrer Karriere gewonnenen europapolitischen Kenntnisse bei späteren Aufgaben in der bremischen Verwaltung besonders gut nutzen und die Europafähigkeit in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen und Organisationseinheiten positiv beeinflussen. Daher sollte künftig zu Beginn der Ausbildung konkret geprüft werden, wie das längere „Brüssel-Modul“ realisiert werden kann.

Eine regelmäßige Präsenz hochrangiger Vertreter Bremens in Brüssel ist wichtig für die Wahrnehmung bremischer Interessen in europapolitischen Fragestellungen. Um diese

Präsenz zu gewährleisten, hat im Herbst 2013 wiederum eine zweitägige Klausur der Staatsräterunde in Brüssel stattgefunden. Zudem haben die Ressortspitzen (politische Leitung und Abteilungsleitungen) von SF, SWAH, SKJF und SBW Arbeitsbesuche in Brüssel absolviert.

Die turnusgemäße Wahrnehmung des Vorsitzes der Europaminister-Konferenz (EMK) durch die Freie Hansestadt Bremen (Juli 2013 – Juni 2014) bot die Möglichkeit, u.a. mit den Themen „Jugend in Europa“, „Europaschulen“, „Verbesserung der Lebenssituation von Roma in ihren Herkunftsländern“ politische Akzente zu setzen und bremische Fachkompetenz für die Willensbildung der Ländergesamtheit zur Verfügung zu stellen.

Mitarbeit in europäischen Netzwerken

Die Mitarbeit Bremens in europäischen Netzwerken, u.a. NEREUS (Netzwerke für Raumfahrttechnologien, ERRIN (Netzwerk europäischer Regionen im Bereich Innovation) sowie NSC (Netzwerk von Nordseeregionen) ermöglicht die Einbringung bremischer Interessen in die jeweiligen europäischen Politikfelder. Über die Netzwerke ist es Bremen zudem gelungen, an einer Vielzahl EU-geförderter Projekten teilzunehmen. Die Mitarbeiter/innen der Landesvertretung in Brüssel vertreten vielfach die Interessen Bremens aktiv in den europäischen Netzwerken und unterstützen die Ressorts durch die Teilnahme an Sitzungen, gewährleisten eine aktuelle Berichterstattung und nehmen eine erste Bewertung von Positionspapieren vor. Eine erfolgreiche Mitwirkung in den Netzwerken setzt aber darüber hinaus das kontinuierliche fachliche Engagement der betroffenen Ressorts, in Einzelfällen auch eine politische Präsenz, voraus. Nur auf diese Weise können die Vorteile einer bremischen Mitgliedschaft in europäischen Netzwerken auch umfassend genutzt werden.

Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen

Inhalt

Handlungsfeld „Intelligentes Wachstum“	17
Integrierte Strukturpolitik	17
Forschung/Wissenschaft	21
Handlungsfeld "Nachhaltiges Wachstum"	25
Klima	25
Energie	26
Nachhaltige städtische Mobilität und Stadtentwicklung	26
Umweltfreundliche Wirtschaftspolitik	28
Biodiversität	28
Handlungsfeld „Integratives Wachstum“	28
Förderung von Humanressourcen	28
Soziale Dimension und Integration	32
Maßnahmen zur Umsetzung bremischer Europapolitik	37

Maßnahmen aus der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen und deren Umsetzungsstand

Nr.	Seite ⁶	Thema	Kurze Bemerkung zum Umsetzungsstand	Ressorts ⁷
0	6	Verzahnung der drei Handlungsfelder intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum auf der Basis des Konzepts „Strukturkonzept Land Bremen 2015“.	Der Senat hat am 11.02.2014 das „Strukturkonzept Land Bremen 2020“ beschlossen. Das Konzept bildet die konzeptionelle und strategische Grundlage für die Orientierung der Strukturpolitik des Landes an der „Europa 2020“ Strategie. Das Strukturkonzept Land Bremen 2020 bildet zugleich die Dachstrategie für die strukturpolitischen Ansätze der EU-Strukturfonds EFRE, ESF, ELER und EMFF.	SWAH, SBW, SUBV, SKJF, SF, SG, SfK, SJV ZGF BHV
		Handlungsfeld „Intelligentes Wachstum“		
		Integrierte Strukturpolitik		
1.	7	Sicherstellung der Korrespondenz interdisziplinärer Vorzüge des Standortes mit den Inhalten von HORIZON 2020 im Bereich Luft- und Raumfahrt.	Horizon 2020 Space Veranstaltung bei OHB/Astrium (Organisation: WFB/DLR): Am 9./10. Oktober 2013 fand in Bremen der Countdown der Horizon 2020 Space Tour statt. Über 130 Teilnehmer/innen aus Industrie und Wissenschaft hatten dabei Gelegenheit in mehr als 100 bilateralen Treffen alle Aspekte von Horizon 2020 im Bereich Luft- und Raumfahrt auszutauschen und Netzwerke zu bilden. Am 14./15. Mai 2014 fanden in Brüssel Gespräche zu den Themen „Zukunft der Luftfahrtindustrie in Europa: Die Luftfahrtpolitik der EU und die Bedeutung für den Standort Bremen“ sowie „EU-Raumfahrtpolitik: Umsetzung der EU-Programme Copernicus und Galileo“ statt.	SWAH
2.	7	Intensive Vertretung bremischer Raumfahrtbelange gegenüber der EU, u.a. durch Mitwirkung des Landes Bremen im europäischen Netzwerk NEREUS und Einbringung bremischer Fachexpertise.	Der Austausch mit der LV Bremen im Rahmen von NEREUS besteht durchgehend. Für 2014/2015 ist geplant, eine NEREUS-Delegation nach Bremen einzuladen. Eine bedarfsorientierte Teilnahme an Veranstaltungen und Arbeitskreisen wird angestrebt.	SWAH, SBW, BBE

⁶ Fundstelle in der EU-Strategie

⁷ Das federführende Ressort ist jeweils fettgedruckt.

3.	7	Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten in Brüssel im Hinblick auf bremische Beiträge zu der EU-Initiative Clean Sky zur Sichtbarmachung des spezifischen Know-how des Standorts im Bereich Raumfahrt.	Clean Sky soll u.a. im Rahmen des in der Planung befindlichen bremischen Technologiezentrums „EcoMaT“ in Brüssel kommuniziert werden. Materialeffizienz und Leichtbau werden als Hauptthemen im EcoMat ab Ende 2014 kommuniziert werden. Ab 2015 ist vorgesehen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „we have a lot of talents“ in der LV Bremen weitere Veranstaltungen im Kontext Leichtbau/ EcoMaT durchzuführen.	SWAH, SBW
4.	7	Stärkung des Maritimen Clusters im Rahmen der integrierten europäischen Meerespolitik und Beteiligung an sektorspezifischen regionalen Bündnissen, beispielsweise im Schiffbausektor für eine Fortschreibung der Initiative „Leadership 2015“ der Europäischen Kommission.	Bremen hat für die Jahre 2015-2016 eine enge Kooperation der bestehenden Strukturen im Lande Bremen mit dem „Maritimen Cluster Norddeutschland (MCN) vereinbart. Dazu wurde im September 2014 anlässlich der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Hierzu wird die Mitwirkung maritimer Akteure aus Bremen in den Fachgruppen des MCN angeregt werden. In der Fachgruppe Maritimes Recht des MCN sind insbesondere die Seerechts- und Wirtschaftskanzleien aus HH vertreten. SWAH leistet hier eine Verbindung zum Forschungsverbund für maritimes Recht der Metropolregion HB-OL. SWAH richtete im Mai den zentralen Kongress zum Europäischen Tag der Meere 2014 in Bremen aus unter Federführung der EU Generaldirektion für Meerespolitik und Fischerei (DG MARE) gemeinsam mit dem zuständigen Bundesministerium für Transport und digitale Infrastruktur (BMVI). Gemeinsam wurde das Oberthema „Innovation und Maritime Technologien“ ausgewählt. Die Maritimen Akteure Bremens wurden intensiv eingebunden und konnten sich auf vielfältige Weise auf dem europäischen Kongress präsentieren (Bürgerfest, Begleitausstellung, Workshops, Platzierung von RednerInnen auf den Plenarsitzungen). Die Fortschreibung der Initiative „LeaderSHIP 2015“ erfolgte im Februar 2013 im Rahmen eines breit angelegten Arbeitsprozess mit der Beteiligung von Vertretern aus der Industrie, den Verbänden und Sozialpartnern, Mitgliedstaaten und Regionen. Über das Netzwerk Pays de la Loire erfolgte die Beteiligung der europäischen Schiffbauregionen.	SWAH, SBW
5.	8	Intensive Beteiligung am Konsultationsprozess zu der von der Generaldirektion MARE angekündigten Mitteilung zu „Blue Growth“.	Bremens Vertretung in Brüssel hat das Thema Anfang 2012 für die Arbeitsgruppe Integrierte Meerespolitik aufbereitet. SWAH hat sich am online Konsultationsprozess der EU KOM im Mai 2012 beteiligt. Die darauf folgenden weiteren Mitteilungen zu Einzelthemen wie „Marine Knowledge“ und „Ocean Energy“ wurden insbesondere im Rahmen der Vorbereitung des zentralen Kongress zum Europäischen Tag der Meere 2014 verfolgt.	SWAH, SBW
6.	8	Beitrag zur Internationalisierung der bremischen Kompetenz zum Thema „Maritime Sicherheit“; u. a.	Im September 2013 wurde gemeinsam mit dem DLR ein erster „Business Round Table“ in der bremischen Landesvertretung in Brüssel veranstaltet. Ein	SWAH, SBW

		im Rahmen des Kompetenzclusters MARISSA (Maritime Safety and Security Applications).	zweiter Termin fand im April 2014 in statt. SWAH war durch S vertreten. Ziel ist es, die bremischen Kompetenzen zum Thema „Maritime Sicherheit“ als Schnittmenge der Cluster Luft- und Raumfahrt und Maritime Wirtschaft in Brüssel bekannt zu machen und mit aktuellen EU Strategien und Programmen in Übereinstimmung zu bringen.	
7.	8	Einsatz für die Korrespondenz unternehmerischen Stärken des Standortes mit den künftigen Förderprogrammen der EU.	Intensive Beteiligung bremischer Unternehmen im Rahmen der Aktivitäten und Veranstaltungen im Rahmen des Nationalen Masterplans Maritime Technologien unter Zuständigkeit des BMWI. Dabei auch Abgleich mit z.B. Horizon 2020 Fördermöglichkeiten (Veranstaltung im März 2014 in Berlin). WFB ist beteiligt an einem sog. EU Projekt zur Entwicklung umfangreicher Projektanträge in künftigen EU-Förderprogrammen (sog. Seed Money Facility) zum Thema „Service packages for the maritime industry leading to cleaner shipping in the EU“. Bremen ist über WFB, BIS und Denkfabrik Partner im Enterprise Europe Network, vermittelt hier europaweit Unternehmenskontakte und bahnt die Teilnahme an EU-Förderprojekten an.	SWAH, SBW
8.	8	Kommunikation von bremischen Know-How im Bereich der maritimen Sicherheit bei den EU-Institutionen.	Zusammen mit dem ISL ist SWAH aktiv bei der Akquisition von Forschungsmitteln für die maritime Sicherheit. In den 7.FRP-Projekten CASSANDRA und CORE zur europaweiten Verknüpfung von sicherheitsrelevanten Daten als sog. Pipeline-Konzept mit Zugriffsmöglichkeit für Sicherheitsbehörden und autorisierte Nutzer gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den Forschungspartnern besonders aus NL, UK, F und ES. Im September 2013 wurde gemeinsam mit dem DLR ein erster „Business Round Table“ in der bremischen Landesvertretung in Brüssel veranstaltet. Ein zweiter Termin fand im April 2014 statt (s. oben). SWAH war durch S vertreten. Ziel ist es, die bremischen Kompetenzen zum Thema „Maritime Sicherheit“ als Schnittmenge der Cluster Luft- und Raumfahrt und Maritime Wirtschaft in Brüssel bekannt zu machen und mit aktuellen EU Strategien und Programmen in Übereinstimmung zu bringen.	SWAH, SBW
9.	8	Aktivitäten in EU-Projekten bezüglich des Themas Containerscanning werden fortgesetzt und Interessen und Kompetenz auf EU-Ebene aktiv vertreten.	Das nationale Forschungsprojekt ECSIT aus dem Sicherheitsforschungsprogramm der BReg zu den Auswirkungen des durch die USA veranlassten 100% Scanning von Containern im Abgangshafen wurde 10/2013 erfolgreich abgeschlossen. Technisch ist das 100% Scanning machbar, aber mit hohem Kostenaufwand verbunden im Hafen und bei den Verladern, die über Bhv verschiffen. Das US-Gesetz wird noch nicht angewendet. Der bessere Ansatz zur Containersicherung ist die Sicherheit der Lieferkette, an der im Rahmen von CASSANDRA und CORE gearbeitet wird.	SWAH

10.	8	Weiterentwicklung des Greenports-Konzept im Einklang mit europäischen und internationalen Umweltstandards und –strategien.	Die Nachhaltigkeitsstrategie „greenports“ wurde konsequent weiter verfolgt. Dies zeigt sich an folgenden Beispielen: Einführung der umweltbezogenen Raumgebühr (ESI), Unterstützung der Einführung von Flüssiggas (LNG) als Treibstoff in der maritimen Wirtschaft, Mitwirkung in der World Port Climate Initiative bzgl. ESI & LNG, Beiträge zum Green Guide der ESPO (Good practice examples) Ausbau der „grünen“ Infrastruktur (Inbetriebnahme Sperrwerk Luneplate, Präsentation auf europäischer Ästuarkonferenz), proaktive Auseinandersetzung mit Klimaanpassung (Nordwest 2050, Vorstudie Klimaanpassung an der Unterweser & Gute-Praxis-Beispiel in UBA-Broschüre), Zertifizierung des Nachhaltigkeitsmanagements (Nachhaltigkeitsbericht für 2012 mit CO2-Footprint-Angaben) nach dem UN-Standard der Global Reporting Initiative, Mitgliedschaft in GRI & puu HB, 1.Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit in der maritimen Wirtschaft, Stakeholder-Workshop zum Bremischen Hafenkonzept 2020/25 zum Thema „Hafen: nachhaltig gestalten“ sowie die Rezertifizierung des Umweltmanagements nach dem PERS-Standard der ESPO.	SWAH, SUBV
11.	8	Verfolgung der Ankündigung der EU-Kommission zur Veröffentlichung eines Maßnahmenpaketes für die Wettbewerbsfähigkeit von Häfen in Europa in enger Abstimmung mit den anderen norddeutschen Küstenländern und dem Bund. Intensive Betreuung des Maßnahmenpaketes der EU-Kommission zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Häfen (Hafenverordnung, Beihilfeleitlinien für Häfen und Hafenfinanzierung) in enger Abstimmung mit den anderen Küstenländern und dem Bund.	Verordnungsentwurf (Hafenpaket) der EU-KOM und des Rates wurde vom EU-Parlament in die nächste Legislatur vertagt. Auskunftersuchen der EU-KOM zur Besteuerung der Häfen sind beantwortet worden.	SWAH
12.	8	Verstärktes Aufgreifen von Chancen im Bereich der Transeuropäischen Transportnetze (TEN-T) zur Verbesserung der Hinterlandanbindung, insbesondere durch den Ausbau der Schieneninfrastruktur.	Für Ausbaumaßnahmen im Bereich der Bremischen Hafeneisenbahn wurden TEN Fördermittel beantragt und bewilligt. Zudem ist das Fachreferat in den Gremien eines EU Korridors beteiligt. Die Aktivitäten sollen weiter intensiviert und verstetigt werden.	SWAH
13.	8	Aktive Beteiligung am europäischen Konsultationsverfahren über die Leitlinien für Beihilfen im Seeverkehr mit dem Schwerpunkt Tonnagesteuer.	Die EU-KOM wird die geltenden Beihilfeleitlinien vorläufig nicht ändern. Die geltenden Vorschriften haben die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Reeder gestärkt und mehr Beschäftigungssicherheit in der Branche geschaffen. Reform der Flaggenstaatverwaltung mit Fortführung des Bremischen Schiffsregisters Brem. Mitgliedschaft im Beirat der Stiftung „Schiffahrtsstandort Deutschland“;	SWAH

		Stärkung der bremischen Reedereiwirtschaft, Förderung von seeschiffahrtsbezogenen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen	Schiffahrts-förderung durch Maritimes Bündnis – Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt	
14.	8	Weiterentwicklung von Flächenangeboten und Infrastrukturen zur Befriedigung der Nachfrage der Offshore-Windenergiebranche, insbesondere Realisierung des Offshore-Terminals Bremerhaven.	Im Bereich des südlichen Fischereihafens wurden in einem erheblichen Maß neue Gewerbeflächen für die Branche hergerichtet, die zum Großteil bereits optioniert sind. Gleichzeitig wird die verkehrliche Hinterlandanbindung des OTB bedarfsgerecht fertig gestellt. Die Einweihung des 1. BA der südlichen Umgehung und der Schwerlasttrasse vom Industriegebiet Luneort bis zum Flugplatz erfolgt in diesem Jahr. Das Planverfahren für den OTB ist eingeleitet.	SWAH, SUBV
15.	8	Die Windenergieagentur (wab) soll weiterentwickelt sowie profiliert werden und zur Stärkung der Offshore-Windenergiebranche im Nordwesten beitragen.	Die wab hat sich seit ihrer Gründung zum erfolgreichsten Windenergie-Cluster in Deutschland und zu einem bundesweit und international bekannten und anerkannten Akteur im Windenergiebereich entwickelt. Diese Entwicklung soll fortgesetzt werden indem die strategisch und wirtschaftlich wichtigen Trends (wie Standardisierung und europäische Harmonisierung, Kostensenkung, Fachkräftebedarf, etc.) in der Netzwerkarbeit weiterhin proaktiv aufgegriffen werden.	SUBV, SWAH
16.	8	Der Verbund „germanwind – Windenergie-Cluster in der Nordwestregion“ wird gemeinsam mit Niedersachsen unterstützt und soll als Marke etabliert werden.	Der von der WAB koordinierte Antrag „germanwind“ zum Spitzenclusterwettbewerb des BMBF wurde nicht für eine Förderung ausgewählt. Weitere Wettbewerbsrunden sind nicht zu erwarten. Die als Tochter der WAB im Rahmen der Spitzenclusterbewerbung gegründete Projektgesellschaft Germanwind GmbH hat sich konsolidiert und ist weiterhin erfolgreich bei der Akquise und Umsetzung von Drittmittelprojekten aktiv. Eine weitere Nutzung der Marke „germanwind“ für das „Windenergie-Cluster in der Nordwestregion“ ist derzeit nicht vorgesehen.	SUBV, SWAH
		Forschung/Wissenschaft		
17.	9	Programme der EU wie das Exzellenz-Programm „Ideen“ im FP 7 sollen intensiver genutzt werden.	Die Einwerbung von Grants für NachwuchswissenschaftlerInnen und erfahrene exzellente Forschende zur grundlagenorientierten Forschung am European Research Council – ERC gehört weltweit zu den anspruchsvollsten Aktivitäten im Wissenschaftsbereich. Verdeutlicht werden kann dies insbesondere an der Erfolgsquote aller angenommenen Anträge: Lediglich 10,2% der Bewerbungen von NachwuchswissenschaftlerInnen waren erfolgreich, bei den arrivierten ForscherInnen waren es 13,9%. Umso höher ist	SBW

			der Erfolg der 13 bremischen WissenschaftlerInnen zu bewerten, die im 7. FRP seit 2007 eine Fördersumme von mindestens 21,9 Mio. € ⁸ eingeworben haben und damit 2,3% aller nach Deutschland geflossenen ERC-Förderungen eingeworben haben	
18.	9	Der Forschungsstandort Bremerhaven soll weiter international vernetzt werden.	<p>Am Forschungsstandort Bremerhaven sind das Alfred Wegener Institut (AWI) und das Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) bereits stark mit internationalen Kooperationspartnern vernetzt. Das IWES wird z.B. seine Kooperationsbeziehungen und den Wissenstransfer nach Südafrika intensivieren, um sein Know How bei dem Einsatz erneuerbarer Energien zu vermitteln. Durch seine Schwerpunkte Polar- und Klimaforschung ist das AWI auf stetige Erweiterung internationaler Kontakte angewiesen.</p> <p>Das ttz führt seit 20 Jahren in verschiedenen Programmen und Ausschreibungen europäische Projekte durch. Der Großteil der Projekte wird im jeweils aktuellen Forschungsrahmenprogramm durchgeführt. Seit 2000 hat das ttz 114 Projekte mit 1381 europäischen und internationalen Partnern im Forschungsrahmenprogramm der EU durchgeführt. Speziell im Bereich Umwelttechnologien arbeitet das ttz vermehrt mit außereuropäischen Partnern zumeist aus Asien, Afrika und Südamerika zusammen. Das ttz ist Mitglied im Verband der außereuropäischen Forschungseinrichtungen EARTO.</p> <p>Die Hochschule Bremerhaven verfügt über zahlreiche Kooperationsbeziehungen zu ausländischen Hochschulen, die neben Studierendenaustauschprogrammen u. a. die Konzeption und Ausgestaltung gemeinsamer Studiengänge, eine Verzahnung bestehender Studienstrukturen, Dozentenaustauschprogramme sowie die Durchführung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte beinhalten.</p>	BHV
19.	9	Wirtschaftliche Verwertung exzellenter Forschungsergebnisse sollen verstärkt und wissenschaftliches Know-How für KMU besser zugänglich gemacht werden.	<p>Mit dem Innovationsprogramm 2020 und der Clusterstrategie 2020 wurde die bremische Innovationspolitik neu ausgerichtet. Die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers ist dabei ein zentrales Ziel. Die Umsetzung erfolgt insbesondere durch folgende Instrumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Programme der betrieblichen Innovationsförderung (Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft) • Technologie-Transfer-Einrichtungen der Hochschulen • Ausbau und Stärkung der anwendungsorientierten Forschung an den Hochschulen und den außeruniversitären 	SWAH, SBW

⁸ Stand Oktober 2013; ohne die Mittel, die durch zwei Wissenschaftlerinnen am bremischen MPI für marine Mikrobiologie eingeworben wurden, da sie statistisch der MPG in München zugerechnet werden.

			<ul style="list-style-type: none"> • Forschungseinrichtungen • Innovations- und Gründerzentren • Plattformen für die Kooperationsanbahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft (Netzwerke/ Cluster, Veranstaltungen, Webportale) • 	
20.	9	Weiterentwicklung der Strategie bei der Nutzung von EU-Mitteln im Bereich des Transfers von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einer „smart specialisation“ (Regionale Strategie der intelligenten Spezialisierung), <u>um</u> EU-Forschungs- und Strukturfondsmittel kohärent zu verwenden.	Mit der Clusterstrategie 2020 wurde der programmatische Rahmen für eine „intelligente Spezialisierung“ der bremischen Innovationspolitik definiert. Im Fokus der Clusterstrategie stehen die bremischen Innovationscluster Windenergie, Luft- und Raumfahrt sowie Maritime Wirtschaft/ Logistik. Insbesondere bei den im Kontext der Clusterstrategie 2020 identifizierten Schlüsselprojekten, die schwerpunktmäßig im Rahmen des bremischen EFRE Programms umgesetzt werden sollen, soll eine enge Verknüpfung mit der EU-Forschungsförderung erfolgen. Darüber hinaus beteiligt Bremen sich über das in Brüssel ansässige Netzwerk ERRIN an einem EU-Projekt zu „smart specialisation“, um durch den Austausch mit anderen Regionen und unter wissenschaftlicher Begleitung Aspekte für die Weiterentwicklung der eigenen Strategie gewinnen zu können.	SWAH
21.	10	Gezielte Stärkung und Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes Bremen bei Forschungsleistungen zur Bewältigung der „Grand Challenges“ (Klimawandel, sichere und zuverlässige Energieversorgung, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und eine alternde Gesellschaft).	Im Fachbereich Klimawissenschaften (am AWI) der acht Forschungszentren der Helmholtz- Gemeinschaft werden Regionale Klimaänderungen (REKLIM) koordiniert. Am IMARE wird ökologische Begleitforschung zu Windkraftanlagen betrieben sowie im Bereich struktureller Leichtbau geforscht. Im Bereich der Energieforschung werden die Kompetenzen an der Universität durch zusätzliche Professuren weiter ausgebaut. Die Zusammenarbeit der Hochschulen mit dem Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik/IWES wird verstärkt.	SBW
22.	10	Unterstützung der Forderung des Wissenschaftsrates nach einem europäischen Polarforschungsprogramm in der Arktis und einem europäischen Küstenforschungsprogramm.	Zur Untermauerung der Forderung des WR finden zurzeit in der Bundesrepublik verschiedene Aktivitäten in den genannten Feldern statt. Durch die Strukturanalyse Meeresforschung der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen wird es in den kommenden Jahren im Bereich Küstenforschung zu einer stärkeren Koordinierung kommen, die die Grundlage für ein europäisches Küstenforschungsprogramm bilden kann. Im Bereich der Polarforschung wird zurzeit der Ersatz des deutschen Forschungseisbrechers Polarstern geplant. Das neue Schiff für 450 Mio € mit Standort Bremerhaven wird die modernste Forschungsplattform auf diesem Gebiet werden und dient auch der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben.	SBW

23.	10	Verbesserung der Einwerbung von EU-Mitteln im Rahmen von europäischen Kooperationsprojekten.	Die Kooperationsprojekte des 7. FRP sind in der Darstellung zu Nr. 25 enthalten.	SBW
24.	10	Im Bereich der Meeresforschung wird angestrebt, Förderungen im Rahmen einer KIC (Knowledge and Innovation Community) des EIT (Europäisches Institut für Innovation und Technologie) zu erhalten.	Es hat intensive Bestrebungen gegeben, das Thema zu platzieren, insbesondere durch das Konsortium Deutsche Meeresforschung. In der ersten Runde wurde leider kein KIC Meeresforschung vom EIT eingerichtet, aber das Thema ist durch die Bemühungen in Brüssel mittlerweile gut bekannt und hat durchaus Chancen, evtl. in anderer Form in der Zukunft berücksichtigt zu werden.	SBW
25.	10	Einwerbung von erneut mindestens 2,1 % der nach Deutschland fließenden Förderungen des FP7 bzw. des Nachfolgeprogramms HORIZON 2020.	Bis Herbst 2013 ergibt sich für Bremen insgesamt eine Steigerung der Drittmittelhöhe auf rd. 198 Mio. € aus dem 7. FRP. Das sind 2,8 % aller nach Deutschland geflossenen Zuwendungen, was ein überdurchschnittlicher Wert gemessen am KöSt Schlüssel ⁹ ist. Bremen liegt damit unter den Bundesländern an 10. Stelle	SBW
26.	10	Verstärkte Teilnahme an der Gestaltung des Europäischen Forschungsraums: <ul style="list-style-type: none"> • Kooperationsprojekte insbesondere im Rahmen bremischer Wissenschaftsschwerpunkte • Teilnahme an Mobilitätsprogrammen (ERASMUS und Marie Curie) • Ausbau europäisch ausgerichteter Studiengänge. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtiges Ziel ist es innerhalb der Wissenschaftsschwerpunkte Bremen die Kooperation zwischen den Hochschulen, den Landesinstituten und den Bund/Länder finanzierten Instituten zu intensivieren. In den nächsten Jahren soll die internationale Sichtbarkeit weiter erhöht werden. Deshalb ist mit zahlreichen Anträgen in den Wissenschaftsschwerpunkten mit Beteiligung von wissenschaftlichen Partnern aus Europa zu rechnen. • Mit Ausnahme der Hochschule für Künste konnte die ERASMUS-Mobilität an den staatlichen Hochschulen im Land Bremen in den letzten Jahren ständig gesteigert werden. Seit 2013 werden an der Universität Bremen COFOUND- Fellowships angeboten, die u.a. auch durch die Marie-Curie-Maßnahmen finanziert werden. • Die Umstellung der Studienstrukturen auf das gestufte Bachelor- / Master-System ist an den Bremer Hochschulen flächendeckend erfolgt und abgeschlossen. Die Studienstrukturen entsprechen damit der Bologna-Struktur. 	SBW
27.	10	Ausbau bisheriger Programme in Richtung des europäischen Forschungsraums und Nutzung neuer EU-Förderinstrumente zur Umsetzung.	Die Wissenschaftsplanung 2020 sieht die Weiterentwicklung der fünf Wissenschaftsschwerpunkte des Landes Bremen als Strukturbildendes System vor. Dabei werden u.a. folgende Kriterien zugrunde gelegt: <ul style="list-style-type: none"> • internationale Sichtbarkeit, • angemessene Mindestgröße, 	SBW

⁹ Königsteiner Schlüssel mit 0,93 % für Bremen

			<ul style="list-style-type: none"> • exzellente Grundlagenforschung • sehr gute Transferleistung und Kooperationsfähigkeit mit der Wirtschaft <p>durch herausragende angewandte Forschung Daraus resultiert eine Stärkung des bremischen Wissenschaftsstandortes mit entsprechenden Auswirkungen auf den europäischen Forschungsraum und die Teilhabe an europäischen Förderungen.</p>	
28.	11	Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Umsetzung europäischer Wissenstransfers im Rahmen von Partnerschaften (partnering).	In Rahmen der Wissenschaftsschwerpunkte wird der europäische und internationale Wissenschaftstransfer von allen beteiligten Einrichtungen wahrgenommen, insbesondere wenn Fördermittel des Bundes für diese Aufgaben in einem wettbewerblichen Verfahren bereitgestellt werden.	SBW
29.	11	Aktives Engagement in europäischen Netzwerken wie ERRIN und Nutzung von ERRIN als Plattform bei der gezielten Suche nach Partnern für Förderanträge.	Netzwerkarbeit ist ein wesentliches Instrument der europäischen Vernetzung und Voraussetzung für die Akquisition von EU-Fördermitteln. Das Netzwerk ERRIN www.errin.eu bietet Strukturen, die Bremer Akteuren frühzeitige Informationen über Antragsmöglichkeiten und Innovationspolitik bieten und ein erfolgreiches Handeln ermöglicht. Beispiele: Projekt PLACES http://www.ecsite.eu/activities_and_resources/projects/places sowie EU-Projekt SSH.2012.1.1-3 -Smart specialisation for regional innovation (Partner in Bremen: WFB). Anzumerken ist hierbei allerdings, dass die Mitarbeit im Netzwerk fast ausschließlich von der LV in Brüssel geleistet wird und Angebote des Netzwerkes nur im Einzelfall durch gezielte und begleitende Maßnahmen erfolgreich nach Bremen kommuniziert werden können. Ein verstärktes Engagement der Akteure in Bremen selbst wäre wünschenswert, auch um das Potential des Netzwerkes für Bremen stärker nutzen zu können.	SBW, BBE
		Handlungsfeld "Nachhaltiges Wachstum"		
		Klima		
30.	11 ff.	Bemühungen um die Einwerbungen europäischer Fördermittel (LIFE+, Interreg, Intelligent Energy Europe).	Im Rahmen von INTERREG waren in der gerade abgelaufenen Förderperiode 2007-2013 Akteure aus dem Land Bremen an über 30 Projekten beteiligt. Die Themenfelder umfassen u.a. Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Durch die Beteiligung an INTERREG sind in diesem Zeitraum insgesamt ca. 7 ½ Mio. € an EFRE-Mitteln nach Bremen geflossen; über 30 verschiedene Institutionen aus dem Land Bremen haben bei INTERREG mitgewirkt.	SUBV
31.	12	Engagement in europäischen Initiativen und Netzwerken im Bereich des Klimaschutzes (z.B. Covenant of Mayors).	Die bestehenden Kooperationen in europäischen Netzwerken werden weiterhin gepflegt.	SUBV
32.	12	Erstellung eines Landschaftsprogramms mit der Hilfe	In der Phase der Aufstellung (öff. Auslegung)	SUBV

		europäischer Fördermittel zum Schutz der in Bremen und Bremerhaven befindlichen Moorböden.	Beschlussfassung: Ende 2014	
33.	12	Einsatz auf Bundes- und EU-Ebene zur Schaffung der Voraussetzung für die Verwendung europäische Mittel für Investitionen in Küstenschutzmaßnahmen ab 2014.	Ergebnis: Keine Berücksichtigung i. R. der neuen EFRE- Förderung ab 2014 möglich, aber Berücksichtigung mit insgesamt 5 Mio.€ an ELER- Mitteln ab 2014 (bei Gesamtvolumen ELER in Bremen 13,8 Mio.€). Damit können die geplanten Projekte im ländlichen Raum des Landes Bremen verwirklicht werden.	SUBV
34.	12	Weiterentwicklung der Strategien (u. a. das Fachkonzept Klimawandelanpassung) und Fachpolitiken zur zukünftigen Anpassung Bremens an veränderte Klimaverhältnisse.	Die Thematik der Klimafolgen wurde in den Planwerken des Landschaftsprogramms und des Flächennutzungsplans für die Stadtgemeinde Bremen aufgegriffen. Geplant ist außerdem die Entwicklung einer Landesstrategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sowie speziell die Starkregenvorsorge im Rahmen eines KLAS (KLimaAnpassungsStrategie)-Anschlussprojektes.	SUBV
35.	12	Beteiligung an Forschungsprojekten (z. B. Klimawandel Nordwest 2050) zu Chancen und Risiken von Klimaänderungen in der Metropolregion Bremen-Oldenburg und notwendigen Anpassungsstrategien.	Das Projekt nordwest 2050 wird in 2014 erfolgreich beendet, mit einer integrierten Roadmap of Change, in der die zentralen Herausforderungen des Klimawandels für Bremen und die Region dargestellt werden. Über die Metropolregion Bremen- Oldenburg im Nordwesten beteiligt sich SUBV am Folgeprojekt „Interkommunale Koordinierungsstelle Klimaanpassung“ (InKoKa).	SUBV, SBW
		Energie		
36.	12	Begleitung von Initiativen zur Entwicklung der Offshore-Windenergie und der Netzinfrastruktur in der Nordsee auf EU-Ebene.	Initiativen zur Entwicklung der Offshore-Windenergie werden auch in Zukunft aktiv begleitet.	SUBV
37.	12	Bremer Beteiligungen an europäischen Projekten im Bereich der Windenergie und erneuerbare Energien werden auch zukünftig angestrebt.	Die INTERREG-Projekte POWER und POWER-Cluster wurden erfolgreich abgeschlossen. Bremer Beteiligungen an EU-Projekten im Bereich der Offshore-Windenergie werden auch zukünftig angestrebt.	SUBV
38.	12	Langfristige Unterstützung der Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien.	Künftige Initiativen auf Europa- oder Bundesebene werden geprüft und nach Möglichkeit unterstützt.	SUBV
39.	13	Unterstützung von Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene mit der Zielrichtung einer Überarbeitung des Euratom-Vertrages.	Künftige Initiativen auf Europa- oder Bundesebene werden geprüft und nach Möglichkeit unterstützt.	SUBV
		Nachhaltige städtische Mobilität und Stadtentwicklung		
40.	13	Erarbeitung von Konzepten für eine klimafreundliche, integrative und den Standort stärkende städtische Verkehrspolitik mit der Strategie „Bremen Mobil 2025“.	Neuer Verkehrsentwicklungsplan (VEP) in Bearbeitung (Abt 5)	SUBV

41.	13	Stärkung integrativer, klimafreundlicher und nachhaltiger verkehrspolitischer Ansätze mit dem Klimaschutzorientierten Gesamtverkehrskonzept für Bremerhaven.	Es gibt ein Radverkehrskonzept, das Teil des Verkehrsentwicklungsplan Bremerhavens ist. Derzeit ist er noch in Bearbeitung. Letztes Jahr wurde eine Bürgerbefragung und Infoveranstaltung durchgeführt, die Daten wurden gerade aufgearbeitet und werden dem Bau- und Umweltausschuss am 26.6. in einem Grobentwurf vorgelegt. Im Sommer wird das Radverkehrskonzept in eine schriftliche Form gebracht und nach den Ferien wieder in den Bau- und Umweltausschuss gegeben. Beim „Runden Tisch Radverkehr“ wird das Radverkehrskonzept am 8.5. in groben Zügen durch den neuen Gutachter vorgestellt. Das zweite ist der Verkehrsentwicklungsplan, dessen Entwicklung durch die Nichtbesetzung der Amtsleiterstelle bislang stagnierte. Er wurde in einem Grobentwurf dem Bau- und Umweltausschuss zur Kenntnis gegeben. Der Verkehrsentwicklungsplan ist Teilaspekt des VEP, z.B. Car Sharing, Pedelecs, Jobtickets, Kurzstreckentickets, Pendler etc.	BHV
42.	13	Ausbau der Vorreiterrolle Bremens beim verkehrlichen Klimaschutz sowie bei der Entwicklung des Car-Sharing im Hinblick auf den Bremer Aktionsplan Car-Sharing.	In kontinuierlicher Bearbeitung (Zielhorizont 2020). 4 mobil.pünktchen installiert in 2013. Ergänzender Beschluss der Bürgerschaft „Car-Sharing auf gesamter Stadtgebiet ausdehnen“ (Nov. 2013)	SUBV
43.	13	Fortsetzung des Engagements für eine CO2-effiziente Mobilität gemeinsam mit europäischen Partnern (u. a. im Rahmen des Projektes CARE-North).	CARE-North Projekt abgeschlossen. CARE-North+ Projekt läuft bis Juni 2014. Neuansträge werden für das kommende Programm vorbereitet.	SUBV
44.	13	Umsetzung der im Leitbild der Stadtentwicklung verankerten Schwerpunkte (u.a. „klimafreundliches Bremen“, „Vitale Quartiere und räumliche Qualitäten“).	Die Umsetzung des Leitbildes der Stadtentwicklung erfolgt in mehrfacher Hinsicht, beispielsweise durch Konzepte und Projekte für „vitale Quartiere“ wie das Hulsbergquartier oder den Bremer Westen, dort unter Einbeziehung von Bildung im Quartier und Kultur im Stadtteil als integralen Bestandteilen. Auch werden die Zentren stabilisiert (teilweise unterstützt durch das Programm Aktive Zentren) und die wohnungsnah Nahversorgung in den Quartieren soweit möglich gesichert, teilweise auch ausgebaut. Das Instrumentarium der Innenentwicklung in den Quartieren wird durch den Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm gestärkt zugunsten von Wohnungsbau und Mischnutzungen von Wohnen und Arbeiten. Dabei fließen Erkenntnisse aus dem Erfahrungsaustausch von „koopstadt – Stadtentwicklung Bremen, Leipzig, Nürnberg“ zur klimagerechten nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung in die Bremer Praxis ein. Wird fortgesetzt.	SUBV
45.	13	Klimafreundliche Revitalisierung benachteiligter Bremerhavener Stadtquartiere durch integrative Handlungskonzepte.	Das integrierte Handlungskonzept Lehe befindet sich derzeit in der Aufstellung. Die Beteiligung der Bürger/-innen und Institutionen hat bereits stattgefunden und im November 2014 wurde das fertige Konzept der	BHV

			Öffentlichkeit im Rahmen der Stadtteilkonferenz vorgestellt.	
		Umweltfreundliche Wirtschaftspolitik		
46.	14	Das hohe umweltbezogene Innovationspotenzial der Region soll in Zukunft stärker auf EU-Ebene kommuniziert und gefördert werden, z. B. im Rahmen von Veranstaltungen.	Im September 2013 wurde eine i2b-Veranstaltung („i2b“ in Kooperation mit der Bremer Aufbaubank) mit dem Titel „Perspektiven für Innovation und Wachstum – Wie können Unternehmen im Land Bremen von der „Europa 2020“-Strategie profitieren?“ platziert. In den Planungen der Veranstaltungsreihe „We have a lot of talents (WHALOT)“ der Bremer Landesvertretung in Brüssel wurde das Thema „Energieeffizienz und nachhaltiges Wirtschaften“ platziert.	SUBV
47.	14	Der "preis umwelt unternehmen: Nordwest" soll stärker als bisher auf europäischer Ebene wahrgenommen werden.	Der Preis wird in 2013/14 ausgesetzt.	SUBV
		Biodiversität		
48.	14	Unterstützung der in der europäischen Strategie zur biologischen Vielfalt verankerten Ziele u. a. durch Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der bremischen Natura 2000-Gebiete sowie durch das Programm „Lebensader Weser“.	Verschiedene Gewässerrenaturierungsprojekte wurden im Rahmen des Programm Lebensader Weser in den vergangenen Jahren erfolgreich umgesetzt; zukünftig müssen weitere notwendige Projekte aus Landesmitteln finanziert werden, da eine EFRE-Finanzierung nicht mehr dargestellt werden konnte. Die Förderung der Biologischen Vielfalt erfolgt ferner durch Programme wie das ökologisches Grabenräumprogramm sowie Agrarumweltmaßnahmen.	SUBV
49.	14	Einsatz für die Verwendung europäischer Fördermittel für die Verwirklichung der Ziele der europäischen Strategie zur biologischen Vielfalt.	Die Förderung der Biologischen Vielfalt erfolgt u.a. durch Programme wie ökologisches Grabenräumprogramm, Agrarumweltmaßnahmen.	SUBV
		Handlungsfeld „Integratives Wachstum“		
		Förderung von Humanressourcen		
50.	15	Die verzahnte, ressortübergreifende Strategie des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit und zur Stärkung des Fachkräftepotenzials wird kohärent zu den Investitionsprioritäten des ESF ausgerichtet und um Förderschwerpunkte des EFRE ergänzt.	Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm 2014 – 2020 greift programmatisch alle Schwerpunkte des ESF OP auf. Es wird ergänzt durch zusätzliche Schwerpunkte die nicht über den ESF gefördert werden. Im Rahmen des BAP werden künftig EFRE-Mittel nicht mehr umgesetzt.	SWAH
51.	15	Bei der Fortschreibung des BAP wird ein enger Bezug auf das in der Strategie Europa 2020 formulierte Ziel eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums genommen.	Die für das BAP 2014 - 2020 geplante Fondstruktur hat einen engen Bezug zur Strategie Europa 2020 und steht unter der Überschrift „Bildung, Arbeit, Teilhabe“: A. Förderung der existenzsichernden Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte	SWAH

			<p>B. Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut</p> <p>C. Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen</p> <p>D. Förderung von Menschen mit Behinderung</p>	
52.	15	Zur Deckung des Fachkräftebedarfs wird die Freie Hansestadt Bremen auch künftig ihre federführende Rolle im Rahmen der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ wahrnehmen.	<p>Die Geschäftsführung für die „Bremer Vereinbarungen“ liegt im jährlichen Wechsel bei SBW bzw. SWAH; 2014 liegt die Federführung bei SBW.</p> <p>Die 28 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Bremer Vereinbarungen 2014 – 2017 werden weiterhin die Erschließung aller Potenziale der jungen Menschen in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen. Sie setzen sich gleichermaßen für die Ausschöpfung aller betrieblichen Ausbildungskapazitäten ein und streben eine weitere Öffnung der Ausbildung für junge Menschen mit unterschiedlichsten Fähigkeiten und Neigungen an. Hierfür ist ein erfolgreiche(re)s Matching notwendig</p> <p>Ziel ist, die Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge von derzeit 7.000 bis zum Jahr 2017 auf 7.800 zu erhöhen.</p>	SWAH, SBW
53.	15	Die künftige Qualifizierungsförderung des Landes wird die Initiierung branchenspezifischer betrieblicher Bündnisse zur Deckung des Fachkräftebedarfs berücksichtigen.	<p>Mit dem Betriebliches Bündnis für die Windenergieindustrie „Gemeinsam für zukunftsfähige Arbeitsplätze an den Standorten Bremen und Bremerhaven“ sind für die Jahre 2013-2015 konkrete Verabredungen zur Deckung des Fachkräftebedarfs getroffen worden. Angesichts der politischen Beschlusslage auf Bundesebene steht das Bündnis vor einer ersten Bewährungsprobe. Ausgerichtet auf die Bedarfe von Beschäftigten werden spezifische Förderangebote im BAP bereitgestellt.</p>	SWAH
54.	15	Die Freie Hansestadt Bremen wird sich am Aktionsprogramm der EU-Kommission zum Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen aktiv beteiligen.	<p>Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels in den Pflegeberufen wurde die Bremer Pflegeinitiative gegründet. Zielsetzung des Bündnisses ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Pflegelandschaft. Um dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken, sollen die Rahmen- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen verbessert werden. Der Senator für Gesundheit beobachtet zudem aktiv die Erstellung des Aktionsprogramms (Programm der EU im Bereich Gesundheit) und die regelmäßig zu erwartenden zugehörigen Arbeitsprogramme.</p>	SG, SWAH, SKJF, SBW
55.	15	Zur Deckung des Fachkräftebedarfs wird die Freie Hansestadt Bremen ihre Anstrengungen verstärken, Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen angemessen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zur Flankierung des 2012 in Kraft tretenden verbesserten „Anerkennungsgesetzes“ wird jeweils eine Anlaufstelle bei der Handels- und der Arbeitnehmerkammer aufgebaut, die über Anerkennungs- und	<p>Am 6. Februar 2014 ist das „Bremische Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen“ in Kraft getreten. Es beinhaltet eine Reihe wesentlicher Neuregelungen für die Anerkennung von Berufsabschlüssen in landesgesetzlich geregelten Berufen. Hervorzuheben ist der gesetzlich verankerte Beratungsanspruch.</p> <p>Im Rahmen des Landesprogramms „Weiterbildungsberatung vor Ort“ wurden in Bremen und Bremerhaven Anlaufstellen für eine trägerneutrale Weiterbildungsberatung eingerichtet (bei der Handelskammer, der Arbeitnehmerkammer und dem Arbeitsförderungs-Zentrum)</p>	SWAH, SBW

		Nachqualifizierungsmöglichkeiten informieren sowie Unterstützungsleistungen und finanzielle Förderung bereitstellen.	Personen mit ausländischen Qualifikationsnachweisen können Informationen zum Anerkennungsverfahren bekommen und werden zu den zuständigen Stellen gelotst. (siehe auch Nr. 58)	
56.	16	Unter Berücksichtigung europäischer Strategien wird ein prozessintegrierter Arbeits- und Gesundheitsschutz implementiert, der die Gesundheit der Beschäftigten erhält und auf den Leistungswandel alternder Belegschaften eingeht.	Die Stärkung des prozessintegrierten Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist ein zentrales Anliegen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) von Bund, Ländern und Berufsgenossenschaften. Die GDA geht mittlerweile in ihre zweite Projektphase. Die Ergebnisse der ersten Phase werden derzeit evaluiert. Die Belange von alternden Belegschaften werden damit implizit adressiert. Hervorzuheben ist in diesem Kontext das Aktionsprogramm „psychische Belastungen“ am Arbeitsplatz. Gleichwohl besteht hier sowohl strategieseitig als auch in der Umsetzung Sensibilisierung und Informationsbedarf, insbesondere bei den Arbeitgebern/Unternehmen. Im Rahmen des BAP werden modellhafte Ansätze gefördert. Der gesundheitliche Aspekt wird im Zusammenhang von Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen wird auch der gesundheitliche Aspekt berücksichtigt.	SG, SWAH
57.	16	Die Freie Hansestadt Bremen wird der Ansiedlung von KMU im Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft im Hinblick auf die Ausrichtung geplanter EU-Programme große Aufmerksamkeit widmen.	SWAH fördert mit seiner „Strategie zur Förderung der Kreativwirtschaft“ seit 2009 mit spezifischen Maßnahmen die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) im Land Bremen. Der Ansiedlung und Neugründung von Unternehmen wird dabei ein besonderer Stellenwert beigemessen. SfK, SWAH, WFB, BIS sowie der Europapunkt Bremen informieren, unterstützen und beraten im Kontext der bestehenden Kommunikationsinstrumente individuell und zielgruppengerecht über die Fördermöglichkeiten im Rahmen von EU-Programmen, z. B. zum Programm „Kreatives Europa“.	SWAH, SfK
58	16	Die Bedingungen für Fachkräfte mit Migrationshintergrund müssen attraktiv gestaltet und dieses große Potenzial für Bremen genutzt werden.	Im Februar 2014 wurde das Bremische Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG) beschlossen. Es beinhaltet eine Reihe wesentlicher Neuregelungen für die Anerkennung von Berufsabschlüssen in landesgesetzlich geregelten Berufen. Hervorzuheben ist der gesetzlich verankerte Beratungsanspruch.	SWAH, SK, SKJF
59.	16	Zur Förderung der Mobilität von Fachkräften auf dem europäischen Arbeitsmarkt wird auf die Kompatibilität der beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebote mit den Strukturen des Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmens hingewirkt.	Seit dem 01.05.2013 wird der Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) in Deutschland durch einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) umgesetzt. Dieser ermöglicht die Zuordnung der Qualifikationen der Allgemeinbildung, der Hochschulbildung und der beruflichen Bildung zu den Niveaustufen des EQR auf der Grundlage der Lernergebnisse. In Bremen ist dieses Thema ein gesetzter Arbeitsschwerpunkt im neu konstituierten Landesausschuss für Weiterbildung.	SBW, SWAH
60.	16	Im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung werden die zahlreichen erfolgreichen Projekte mit	In ihrer Ausrichtung stehen das BAP und das ESF-OP unter dem Leitgedanken des Lebenslangen Lernens. Beide konzentrieren sich auf	SBW, SWAH

		Mitteln aus dem europäischen Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen fortgeführt.	besondere Zielgruppen (benachteiligte Menschen, An- und Ungelernte, Arbeitslose).	SKJF
61.	17	a) Für mit europäischen Mitteln kofinanzierte Bundesprogramme (2. Chance, Kompetenzagenturen, Jugend stärken) werden Kommunalmittel bereitgestellt, um Angebote für besonders benachteiligte Zielgruppen weiterzuführen. b) Schaffung von Jugendberufsagenturen im Land und beiden Stadtgemeinden	a) Die aus dem Bundesprogramm „Jugend stärken“ (Bundes-ESF) hervorgegangenen Teilprogramme in der Stadtgemeinde Bremen „Schulverweigerung – 2.Chance“ und Kompetenzagenturen wurden bis Mitte 2014 verlängert. Die Antragstellungen für das ebenfalls aus Bundes-ESF-Mitteln getragene Folgeprogramm „Jugend stärken im Quartier“ werden von der Stadtgemeinde Bremen vorbereitet. b) Ergänzung SWAH: Bremen verfolgt die Idee der Einführung von Jugendberufsagenturen: Eine rechtskreisüber-greifende Beratung aus einer Hand und eine gemeinsame Berufsorientierung sollen zu einer verbesserten Beratung der Jugendlichen bis 25 Jahren beigetragen. Es geht um eine neue Form der Zusammenarbeit bei der es noch stärker als bisher darauf ankommt, den jungen Menschen nicht nur Beratungs- und Unterstützungsleistungen, sondern auch tatsächliche berufliche Perspektiven bieten zu können.	SKJF, SBW, SWAH
62.	16,17	Aufgrund des direkten Zusammenhangs zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und fehlendem Schulabschluss verfolgt die Freie Hansestadt Bremen auch weiterhin intensiv die Umsetzung des Kernziels „Reduzierung der Schulabbrecherquote“ durch ein umfangreiches Maßnahmenbündel.	Der Prozentsatz der Schulabbrecherquote der jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die sich nicht in Ausbildung befinden und über keinen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen, ist im Land Bremen von 2005 (19,1%) bis 2012 (13,3%) deutlich gesunken. Die Schulstruktur wurde und wird noch verändert, das längere gemeinsame Lernen eingeführt. Der Ausbau der Ganztagschulen trägt zur Entkopplung des Bildungserfolgs vom sozialen Status bei.	SBW
63.	17	Der Übergang beruflich Qualifizierter an die Hochschulen über das Landeskonzept „Offene Hochschule – Offene Weiterbildung“ und die Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten auf Hochschulniveau werden weiter gefördert.	Das Landeskonzept befindet sich noch in der Umsetzung. Im Rahmen der neuen Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2014 bis 2017 verfolgen die Partner in der fünften Verabredung das Ziel, Aufstiegswege zu erschließen und die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu steigern, um die Attraktivität der dualen Ausbildung zu unterstreichen. Das BAP unterstreicht die Durchlässigkeit mit dem Förderschwerpunkt „Aufstiegsförderung“.	SBW, SWAH
64.	17	Die Kooperation von Hochschulen untereinander, mit F&E-Einrichtungen und Unternehmen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollen ausgebaut und die Modernisierung der Hochschulen vorangetrieben werden.	Die Hochschulen im Land Bremen sind regional bis international vielfältig vernetzt. Zwei Drittel der Kooperationspartner der bremischen Wissenschaftseinrichtungen sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Mit dem am 5. August 2014 vom Senat beschlossenen Wissenschaftsplan 2020 beauftragt das Land die Hochschulen, die Zusammenarbeit in Forschung und Lehre im Land und in der Region weiter aktiv in den Blick zu nehmen und weitere Ansätze für gemeinsame Forschungs- und Lehraktivitäten zu finden. Die Modernisierung der Hochschulen findet laufend statt und ist auch in den Wissenschaftsplan aufgenommen worden.	SBW

65.	17	Die Entwicklungen mit Vorschlägen zu einem mehrdimensionalen Hochschulranking und einem Mobilitätsprogramms „Erasmus Master-Abschluss“ werden genau verfolgt und Bremen wird sich, soweit angezeigt, an ihnen beteiligt.	Das Land und die Hochschulen verfolgen die Entwicklungen zu einem europäischen Hochschulranking und beteiligen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten daran. Das Programm „Erasmus“ wird von den bremischen Hochschulen stark genutzt: Mit 2,6 Prozent Erasmus-Studierenden nimmt Bremen den ersten Platz unter den Hochschulstandorten aller Bundesländer ein (Durchschnittsquote bundesweit: 1,4 %). Die Darlehen zur Finanzierung eines Masterstudiums im Ausland werden erst ab 2015 zur Verfügung stehen.	SBW
		Soziale Dimension und Integration		
66.	17	Die von der EU geforderte Schwerpunktsetzung für die neue Förderperiode des ESF wird in den bremischen Programmplanungen berücksichtigt und wird vor allem der Bevölkerung in den besonders betroffenen Quartieren zu Gute kommen.	In der neuen ESF-Förderperiode ist ein thematisches Ziel die Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut in das 40 % des Budgets einfließen soll. Das gesamte ESF-OP ist auf unmittelbare und mittelbare Armutsbekämpfung ausgerichtet, weil die Vermeidung von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit einen wichtigen Beitrag gegen die schlimmsten Formen der Armut leistet. Die Querschnittsziele Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen und Menschen mit Behinderung sowie die sozialräumliche Ausrichtung sind dabei wichtig.	SWAH, SKJF
67.	18	Die Freie Hansestadt Bremen wird im Jahr 2014 erneut einen Bericht zur Entwicklung der Lebenslagen im Land Bremen – Armuts- und Reichtumsbericht – vorlegen, Projekte zur Armutsbekämpfung und Stärkung des sozialen Zusammenhalts durchführen und dafür die entsprechenden Programmmittel einsetzen.	Der Bericht wird aus Beiträgen der Ressorts erstellt. Ein Berichtsentwurf liegt vor. Er soll im Dezember 2014 im Senat behandelt werden	SKJF
68.	18	Die Kulturförderung der Freien Hansestadt Bremen wird einen Beitrag zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung leisten.	Kulturelle Teilhabe Es ist ein Ziel der Freien Hansestadt Bremen, möglichst allen Menschen unabhängig von ihrem wirtschaftlichen oder sozialen Hintergrund die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Wer an Kultur teilnimmt, nimmt auch am gesellschaftlichen Leben teil. Somit steht dieser Ansatz in direkter Verbindung zum Kernziel der EU, die Zahl der von sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen zu senken. Die Freie Hansestadt Bremen unterstützt daher eine Reihe von Maßnahmen, Projekten und Initiativen, die finanzielle Hürden abbauen sowie mögliche mentale Distanzen von Nutzerinnen und Nutzern zum Kulturangebot überwinden helfen. So ermöglicht das Kulturticket den Besuch von Kulturveranstaltungen zum Preis von drei Euro. Berechtig sind vor allem Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung für Arbeitssuchende und	SfK, SKJF

			<p>von Sozialhilfe (SGB XII Kap. 3). Neben dem Kulturticket sind in diesem Kontext auch kostenfreie Probenbesuche, stark ermäßigter Museumseintritt für bestimmte Gruppen oder eintrittsfreie Familiensonntage zu nennen. Ein vielfältiges Kulturprogramm ohne Zugangsbarrieren bieten Aktivitäten „umsonst und draußen“ an, wie etwa „Breminale“, „La Strada“, „Feuerspuren“ oder „Musik und Licht am Hollersee“.</p> <p>Bezüglich des Abbaus von räumlichen wie mentalen Barrieren kommt den Angeboten kultureller Bildung eine wichtige Funktion zu, denn diese leisten einen wichtigen Beitrag im Sinne eines lebenslangen Lernens. Herausragend sind in diesem Kontext die Projekte der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen, der Bremer Philharmoniker, der Kunsthalle, des Theater Bremen sowie von soziokulturellen Einrichtungen wie Quartier und Kultur vor Ort. Gerade letztere sind stadtteilübergreifend und vielfach auch interkulturell angelegt und wirken so einer sozialen Entmischung entgegen.</p>	
69.	18	<p>Einsatz für die Sicherung und Weiterentwicklung sozialer Standards auf Bremer, nationaler und europäischer Ebene.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bremen hat im Jahre 2012 einen Mindestlohn von 8,50 € für alle direkt oder indirekt beim Land Bremen Beschäftigten eingeführt. Der Bremer Senat hat mit Wirkung ab dem 01.10.2014 den Mindestlohn auf 8.80 Euro angehoben. • Bremen wird für die Begrenzung von Leiharbeit sowie die Weiterentwicklung der sozialen Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse eintreten. 	<p>Bremen hat zum 01.09.2012 einen Landesmindestlohn eingeführt und sich fortlaufend auf Bundesebene (Anträge im BR) für die Einführung eines allgemeinen gesetzl. Mindestlohns eingesetzt.</p> <p>Bremen hat sich auf Bundesebene (BR) für die Begrenzung der Leiharbeit und Standards guter Arbeit wiederholt eingesetzt.</p>	SWAH, SKJF
70.	18	<p>Die integrierte Strategie der sozialen Stadtteilentwicklung und Armutsprävention soll unter Förderung der einschlägigen EU-Programme fortgeführt werden.</p> <p>Dazu gehört u. a. der Bau und Betrieb von Quartierszentren, die Bereitstellung eines Stadtteilbudgets sowie die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgerbeteiligung.</p>	<p>Wird fortgesetzt / in Umsetzung.</p> <p>Ergänzung SWAH: Siehe Nr. 65. Alle Förderungen im expliziten Ziel Armutsbekämpfung, soziale Integration (Förderschwerpunkt B) sollen grundsätzlich auf benachteiligte Sozialräume ausgerichtet sein.</p> <p>Die Städte Bremen und Bremerhaven leisten mit ihren Programmen „Wohnen in Nachbarschaften“ einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung. Die Errichtung von Quartierszentren wird weiter verfolgt. Ein QZ im Ortsteil Huckelriede wurde im September 2014 von der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend beschlossen.</p>	SUBV, SKJF, SWAH, SBW
71.	19	Durchführung gezielter Fördermaßnahmen im	Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ist ein Querschnittsziel des	SWAH,

		Rahmen der BAP zur Förderung von Chancengleichheit von Männern und Frauen. Die Freie Hansestadt Bremen hat es sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in der Bezahlung, in der Qualität der Arbeitsplätze sowie in Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten zu reduzieren sowie die Beschäftigungsquote von Frauen allgemein zu erhöhen.	BAP. Frauenspezifische Förderungen finden in allen Bereichen statt, bspw. arbeitsorientierte Frauenberatung, modellhafte Förderungen im Bereich Qualifizierung, Beschäftigungsförderung und Ausbildung. Der Abbau geschlechtsstereotyper Grenzen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes sind dabei von Bedeutung (bspw. MINT- und gewerbliche technische Ausrichtung). Besonderes Interesse gilt u.a. dem Armutsrisiko Alleinerziehender, weshalb die Ausrichtung der Förderungen auf existenzsichernde Beschäftigung auch für die geschlechtsspezifische Chancengleichheit wichtig ist.	SKJF, ZGF, SBW
72.	19	Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Berufstätigkeit bei Elternschaft, insbesondere bei Alleinerziehenden.	Das auch in den nächsten Jahren andauernde Ausbauprogramm für Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren als auch bei den Kindern über 3 Jahren (Ausweitung täglicher Betreuungszeiten) unterstützt den Wunsch vieler Eltern, insbesondere auch der Alleinerziehenden, nach Erwerbsarbeit. Die stetig steigenden Zahlen der Erwerbstätigkeitsquoten bei Frauen sind ein Zeugnis dafür. In Folge wird u.a. der Ausbau von ganztägiger Betreuung von Kindern im Schulalter gemeinsam mit dem Schulbereich in den nächsten Jahren forciert. Ergänzung SWAH: Im Rahmen des Bundesprogramms „Netzwerke wirksamer Hilfe für Alleinerziehende“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wurde ein Aktionsnetzwerk zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration und dem Verbleib in existenzsichernder Arbeit von Alleinerziehenden in Bremen und Bremerhaven aufgebaut. Im Rahmen dieses Netzwerkes wurde das Vorhaben „Betriebliche Teilzeitausbildung und -Umschulung“ initiiert. Das Thema Teilzeitausbildung wurde in die neuen Bremer Vereinbarungen 2014 - 2017 aufgenommen.	SKJF, SWAH, ZGF
73.	19	Die Freie Hansestadt Bremen hat 2012 den „Entwicklungsplan Partizipation und Integration – Vielfalt stärken – Gemeinsamkeiten fördern“ für die Jahre 2012 – 2015 vorgelegt, der die Integrationspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe benennt. Er bringt das Ziel zum Ausdruck, gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven ist seinerseits im Begriff, ein kommunales Integrationskonzept zu entwickeln.	Die Umsetzung der Konzeption mit insgesamt 14 Handlungsfeldern obliegt allen Senatsressorts. Im Februar 2014 wurde ein detaillierter Zwischenbericht für das Handlungsfeld Beschäftigung vorgelegt. Ende 2014 wird ein weiterer Zwischenbericht mit dem thematischen Fokus schulische und frühkindliche Bildung sowie Weiterbildung erstellt. In einem Abschlussbericht wird Anfang 2015 die Umsetzung der Bremischen Integrationsstrategie insgesamt bilanziert. Bremerhaven hat im Frühjahr 2013 das 1. Bremerhavener Integrationskonzept „Vielfalt und Chancengleichheit – Bremerhaven zeigt Flagge“ vorgelegt. Darin würdigt die Stadt Vielfalt und das bewusste Zusammenleben.	SK-I SBW MagB'hvn
74.	19	Zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen wird	Zur Erarbeitung wurde ein temporärer Expert/innenkreis eingerichtet, dem	SKJF,

		<p>der Senat einen Aktionsplan erarbeiten. Darin werden als Schwerpunkte unter anderem die konsequente Umsetzung der Inklusion in Kindergärten und Schulen, ein verbesserter Zugang behinderter Menschen zum Arbeitsmarkt, die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrssystemen und im öffentlichen Raum sowie eine größere Verfügbarkeit barrierefreien Wohnraums enthalten sein.</p>	<p>auch Behindertenverbände angehören. Im Aktionsplan werden als Schwerpunkte unter anderem die konsequente Umsetzung der Inklusion in Kindergärten und Schulen, ein verbesserter Zugang behinderter Menschen zum Arbeitsmarkt, die Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrssystemen und im öffentlichen Raum sowie eine größere Verfügbarkeit barrierefreien Wohnraums enthalten sein. Der Senat hat den Entwurf des Landesaktionsplanes am 2.12.2014 beschlossen.</p> <p>Ergänzung SWAH: Das BAP enthält spezifische Förderungen für Menschen mit Behinderung im Fonds D. In allen anderen Fonds ist das Querschnittsziel „Förderung von Menschen mit Behinderungen“ hinterlegt.</p>	<p>SWAH, SBW</p>
75.	19	<p>Im Rahmen der Strategie Europa 2020 mit der Leitinitiative „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“ wird der Senat einen Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der ambulanten Infrastruktur und der präventiven Leistungen zur Vermeidung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Pflegebedürftigkeit legen.</p>	<p>Aktuell wird der ‚Armut- und Reichtumsbericht‘ ressortübergreifend aktualisiert und anhand einzelner Projekte konkretisiert. Dabei ist die Beachtung der engen Verknüpfung der gesundheitlichen Lage von Menschen mit ihrer sozialen Situation (wie etwa ‚in Armut‘) wesentlich. Hier sind präventive wie auch begleitende Maßnahmen erforderlich, die über eine rein medizinische Versorgung hinausgehen. In Bremen existiert hierzu ein gut vernetztes Angebot.</p> <p>Im Bereich präventiver Leistungen wird darüber hinaus die Ankündigung der Großen Koalition als wichtig erachtet, noch in diesem Jahr ein „Präventionsgesetz“ auf den Weg zu bringen. Hierbei ist die darin vorgesehene Schwerpunktverortung von Maßnahmen in Lebenswelten (= ‚Settingansatz‘) im Umfeld der betroffenen Menschen maßgeblich. Bei effizienter Umsetzung des PräVG auf Bremer Verhältnisse werden effektive Ansätze zur Verbesserung präventiver Leistungen erwartet.</p> <p>Bei der Weiterentwicklung der ambulanten Infrastruktur stehen die Vermeidung unnötiger oder vorzeitiger Pflegebedürftigkeit, Unterstützung bei Demenzerkrankungen und die Erreichung der schnell wachsenden Gruppe der älteren Migranten/innen im Vordergrund. Mit den Maßnahmen sollen durch die Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen Beiträge zur Bekämpfung der Armut geleistet werden.</p>	<p>SG, SKJF</p>
76.	20	<p>Eingebettet in den gemeinsamen Arbeitsprozess von Bund und Ländern wird die Freie Hansestadt Bremen ein europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen vorlegen.</p>	<p>Mit Verabschiedung des neuen europäischen Jugendprogramms im Rahmen von ERASMUS+ wird die Arbeit am europapolitischen Jugendprogramm wieder aufgenommen. Darin sollen die Leitkorridore der Bund-Länder-Zusammenarbeit zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie aufgenommen werden.</p> <p>Eine Fachveranstaltung mit der deutschen Nationalagentur „Jugend für</p>	<p>SKJF, BBE, SBW, SWAH</p>

			<p>Europa“ wurde unter großer Trägerbeteiligung am 01.04.2014 in Bremen durchgeführt. Erste ressortübergreifende Gespräche für eine ressortübergreifende Antragstellung („Strategische Partnerschaft“) wurden aufgenommen.</p> <p>Die Vorlage des Konzeptentwurfes im Landesjugendhilfeausschuss, in der staatlichen Deputation und im Senat ist für den Jahresanfang 2015 vorgesehen.</p>	
77.	20	<p>Besondere Anstrengungen wird die Freie Hansestadt Bremen erbringen, um benachteiligte Jugendliche und junge Menschen aus Zuwandererfamilien einzubeziehen.</p>	<p>a) Mit dem vom Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen im Juni 2012 beschlossenen und seitdem in der Umsetzung befindlichen Entwicklungskonzept „Bremen goes International“ wird ausdrücklich der Schwerpunkt auf die Erreichung von jungen Menschen mit geringeren Chancen gelegt. Dieser Prozess ist eingebettet in das vom BMFSFJ aus europäischen Mitteln finanzierte Programm JIVE / „Kommune goes International und läuft in fachlichem Diskurs mit 21 Kommunen in Deutschland. Dem Jugendhilfeausschuss wird Ende 2014 Bericht erstattet.</p> <p>b) Ergänzung SWAH: Der Senat hat den Bremer Entwicklungsplan Partizipation und Integration vorgelegt, worin jährliche Schwerpunkte enthalten sind.</p> <p>Im Rahmen der Bremer Vereinbarungen besteht eine Kooperation mit regionalen Unternehmen, um den besonderen Wert kulturell vielfältiger Belegschaften stärker ins Bewusstsein von Personalverantwortlichen zu rücken.</p>	SKJF, SK, SWAH
78.	20	<p>Durch die Förderung von Jugendbegegnungen insbesondere über den Europäischen Freiwilligendienst und den Ausbau des Jugend- und Fachkräfteaustauschs sollen die Beteiligungsmöglichkeiten Jugendlicher am demokratischen Leben in Europa sowie ihre Mobilität erhöht werden.</p>	<p>Die Fördermittel wurden mit dem Haushalt 2014 für die kommunale Förderung Bremens um den Betrag von € 10.000 erhöht. Die Zahl der geförderten Maßnahmen ist seit 2012 gewachsen. Die Nachfrage geht über die verfügbaren Anschläge hinaus.</p>	SKJF
79.	20	<p>Europapolitische Jugendprojekte sollen unterstützt und der strukturierte Dialog weiter ausgestaltet werden.</p>	<p>Die für europapolitische Projekte und den Strukturierten Dialog aus Landesmitteln bereitgestellte Förderung wurde unverändert fortgeschrieben. Damit wurde dem Bremer Jugendring ermöglicht, zusätzlich komplementär Förderung aus europäischen Mitteln zur Wahrnehmung einer regionalen Koordinierungsstelle für den Strukturierten Dialog im Land Bremen zu erhalten.</p>	SKJF
80.	20	<p>Es wird sichergestellt, dass der Zugang zu Angeboten europapolitischer Jugendprojekte unabhängig von finanziellen Aspekten erfolgen kann.</p>	<p>Der Zugang zu offenen Angeboten erfolgt im Rahmen der jeweiligen einschlägigen Förderrichtlinien der Stadtgemeinden, des Landes und des Bundes. Darin sind teilweise teilnehmerbezogene Fördersätze festgelegt. Verstärkte teilnehmerbezogene Förderungen aus Kommunalmitteln sind im</p>	SKJF

			Rahmen der verfügbaren Mittel nur im Ausnahmefall darstellbar.	
81.	20	Das Land Bremen setzt sich dafür ein, dass das Programm „JUGEND IN AKTION“ in der neuen Förderperiode ab 2014 als eigenständige Programmachse erhalten bleibt.	Ist in verschiedenen Bund-Länder-Zusammenhängen erfolgt und war erfolgreich. Das neue Programm läuft als eigene Fördersäule im Gesamtprogramm ERASMUS+ in der Förderperiode 2014-2020.	SKJF
		Maßnahmen zur Umsetzung bremischer Europapolitik		
82.	21	Auf der Grundlage des „Legislativ- und Arbeitsprogramms“ der EU-Kommission für das Folgejahr identifiziert die Europaabteilung die für die Freie Hansestadt Bremen relevanten Vorhaben und unterrichtet die Staatsräterunde Anfang jeden Jahres über die Schwerpunkte und deren Bearbeitung.	Die EU-Vertretungen der norddeutschen Länder werten das Legislativ- und Arbeitsprogramm jährlich aus. Die Auswertung dient den Ressorts als Orientierung über die für Bremen relevanten europapolitischen Initiativen der Kommission. Diese Auswertung wird auch dem Bürgerschaftsausschuss zur Verfügung gestellt, der sich mit EU-Angelegenheiten befasst. Auf der Grundlage dieser Auswertung identifizieren die Bürgerschaftsabgeordneten die für sie wichtigen Initiativen, über die die Europaabteilung dann ausführlicher berichtet. Die Auswertung ist somit eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Bürgerschaftsausschusses.	BBE
83.	21	Unterrichtung der Hausspitzen über aktuelle EU-Vorhaben und Vertretung bremischer Interessen gegenüber hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen im Rahmen von Arbeitsbesuchen der Ressortspitzen in Brüssel.	Die Spitzen der Ressorts für Finanzen, für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie für Bildung und Wissenschaft haben ihre Arbeitsbesuche in Brüssel absolviert. Für die Spitze des Ressorts für Umwelt, Bau und Verkehr ist der Besuch für Februar 2015 geplant.	BBE
84.	21	Durchführung einer EU-Klausur der Staatsräterunde in Brüssel gegen Mitte der Legislaturperiode.	Die EU-Klausur der Bremer Staatsrätinnen und Staatsräte hat im November 2013 in Brüssel stattgefunden.	BBE
85.	21	Präsentation von fachlichem Know-How in der LV Bremen in Brüssel mit der Veranstaltungsreihe „Bremen/Bremerhaven innovative – we have a lot of talents“.	Insgesamt wurden 3 Veranstaltungen durchgeführt. The European Climate Challenges – Solutions from Bremerhaven Space meets Deep Sea; Growth Innovation - Intelligent Maritime Robotics as Game-Changing Technology	BBE
86.	21	Durchführung von Veranstaltungen zu EU-Themen zur politischen Akzentsetzung und Einflussnahme in Bremen, Berlin und Brüssel.	In der Bremer EU-Vertretung in Brüssel gab es einzelne Veranstaltungen zur politischen Einflussnahme (z.B. Business Round Table zur maritimen Sicherheit in Kooperation mit SWAH). Außerdem haben in der Bremer EU-Vertretung kulturelle Veranstaltungen stattgefunden (z.B. Präsentation der Bremer Literaturpreisträger). Im EuropaPunktBremen (EPB) wurden zu verschiedenen Themenfeldern wie Eurokrise, Wasser-Richtlinie, Asyl- und Flüchtlingspolitik und jüngst TTIP Veranstaltungen organisiert. Zu dem großen öffentlichen Interesse, das die Veranstaltungen fanden, hat insbesondere die aktive Einbindung von VertreterInnen des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission beigetragen.	BBE

87.	22	Aktive Mitgestaltung an Stellungnahmen des AdR zu europäischen Gesetzesvorhaben und Einbringung bremischer Interessen mit dem bremischen Mandat.	Die bremischen Mitglieder im AdR haben durch zahlreiche Änderungsanträge für Bremen relevante Stellungnahmen des AdR beeinflusst. So wurden in den Fachkommissionen EDUC (Bildung, Kultur und Forschung) und ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie) verschiedene Stellungnahmen durch Bremer Änderungsanträge mitgestaltet, so z.B. die Stellungnahmen zu „Erasmus+“ und zum „Grünbuch zur EU-Klima- und Energiepolitik bis 2030“.	BBE
88.	22	Nutzung des AdR, um die für die interregionale Vernetzung Bremens nötigen Kontakte – insbesondere im Nordseeraum – auszubauen.	Die AdR-Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“, in der ein bremisches Mitglied den Vorsitz innehat, dient u.a. auch der Vernetzung der Akteure im Nordseeraum. Allerdings nehmen zunehmend weniger AdR-Mitglieder an den Sitzungen der Intergroup teil, so dass derzeit offen ist, ob die Intergroup auch weiterhin bestehen wird. Zudem nutzt Bremen den AdR gerade aktiv, um eine interregionale und europaweite Vernetzung zur Förderung des Fairen Handels auf lokaler Ebene voranzubringen.	BBE
89.	22	Über das bremische Mandat im KGRE werden sowohl Kontakte innerhalb der Europäischen Union wie auch mit weiteren Mitgliedstaaten Europas außerhalb der Grenzen der EU gepflegt und bremische Interessen in einen größeren europäischen Kontext eingebracht.	Die Bürgerschaftskanzlei hat in der Zeit vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2014 das Sekretariat der regionalen Mitglieder der deutschen Delegation des KGRE inne gehabt. In diesem Kontext hat Bremen in diesem Jahr eine herausgehobene Rolle innerhalb der deutschen Delegation eingenommen.	BBE
90.	22	Das Land Bremen wird sich dafür einsetzen, dass sowohl eine angemessene finanzielle Ausstattung als auch die inhaltliche Bandbreite des INTERREG-Programms in der nächsten Förderperiode ab 2014 erhalten bleiben und aus dem Programm weiterhin kreative Lösungen für Problemstellungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung entstehen.	Die für Bremen relevanten Stränge des INTERREG-Programms (Programme für Nord- und Ostsee sowie das interregionale INTERREG Europe) werden in der Förderperiode 2014-2020 finanziell besser ausgestattet sein als in der vorangegangenen Förderperiode. Das INTERREG-Nordseeprogramm ist für Bremen von besonderer Relevanz, da in der Periode 2007-2013 ca. 70 Prozent der Bremer Projekte in diesem Programm realisiert worden sind. Die neue inhaltliche Ausrichtung des Nordseeprogramms (Fokussierung auf nachhaltige Mobilität, Klimawandel und Umweltschutz, Innovationsförderung und grüne Wirtschaft) nimmt die Interessen der bremischen Akteure gut auf.	SUBV
91.	22	Bedarfsgerechte Fortentwicklung des EU-bezogenen Fortbildungsangebotes in Abstimmung mit den Ressorts durch die EU-Abteilung und die Senatorin für Finanzen.	In den vergangenen Jahren wurde das Angebot an EU-bezogenen Fortbildungen quantitativ und qualitativ ausgebaut. Neben den bereits seit langem angebotenen Grundlagen- und weiterführenden Schulungen zur EU wurden Vortragsveranstaltungen zu der Arbeit der Bremer Landesvertretung in Brüssel und zu aktuellen Themenkreisen (z.B. zur Schulden- und Finanzkrise) angeboten. Darüber hinaus wurden Informations-Veranstaltungen zu den EU-bezogenen Hospitations- und Praktikumsmöglichkeiten entwickelt, um die Mobilität von Verwaltungsangehörigen zu erhöhen. Zur Auffrischung oder Verbesserung der Englisch-Kenntnisse wird zusätzlich ein EU-Englisch-Kurs angeboten.	BBE, SF

92.	22	Ergänzung der Fortbildungsangebote durch Hospitationen für Beschäftigte der bremischen Verwaltung und des Magistrats der Seestadt Bremerhaven mit 8 Plätzen jährlich.	Zwischen Juli 2012 (Beschluss der EU-Strategie durch den Senat) und September 2014 haben 8 MitarbeiterInnen eine Hospitation in der Bremer EU-Vertretung in Brüssel absolviert. Das zur Verfügung stehende Kontingent von 8 Hospitationen pro Jahr wurde somit nicht ausgeschöpft. Die zurückgehende Zahl von Hospitationen kann auch darauf zurückgeführt werden, dass in den Jahren 2010/2011 viele Hospitationen stattgefunden haben.	BBE
93.	22	Zur Erwerbung EU-bezogener Kenntnisse und Erfahrungen durchlaufen Angehörige des Nachwuchspools in der Bremer Vertretung in Brüssel ein EU-bezogenes Qualifikationsmodul.	Trotz einer besseren Information der Angehörigen des Führungskräftenachwuchspools über die Möglichkeit, ein EU-bezogenes Qualifikationsmodul in der Bremer EU-Vertretung zu absolvieren, wird dieses Angebot bislang kaum genutzt. Im Zeitraum Juli 2012 bis September 2014 hat lediglich ein Angehöriger des Nachwuchspools eine viermonatige Station in der Bremer EU-Vertretung absolviert.	BBE
94.	22 ff.	Gezielte strategische Förderung qualifizierter MitarbeiterInnen zur langfristigen Steigerung der Bewerbungschancen hiesiger Fachleute als „Nationale Experten“ in für Bremen relevanten Bereichen der EU-Institutionen.	Nach wie vor entsendet Bremen keinen Nationalen Experten und gehört damit zu den wenigen Ländern, die von diesem Instrument der Informationsgewinnung und Netzwerkbildung keinen Gebrauch machen. Daher wurde erstmals wurde im Januar 2014 im Rahmen des AFZ-Programms eine Fortbildungsveranstaltung angeboten, in der über Hospitations- und Arbeitsmöglichkeiten in den EU-Institutionen informiert worden ist. In dieser Veranstaltung wurde auch auf das Instrument der „Nationalen Experten“ hingewiesen. Aufgrund der großen Nachfrage, wird diese AFZ-Veranstaltung im Februar 2015 erneut angeboten. Ein Konzept zur strategischen Förderung qualifizierter Mitarbeiter/-innen, um deren Bewerbungschancen z.B. für ausgeschriebene Stellen als „Nationale Experten“ zu verbessern, gibt es bislang nicht.	BBE
95.	23	Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der EU-Abteilung durch Veranstaltungen, unter anderem im Rahmen der jährlichen Europawoche, mit Print-Medien und über das Internet.	Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der EU-Abteilung wurde nicht nur die Anzahl der Informationsveranstaltungen stetig erhöht, sondern es wurden auch Erfahrungen mit verschiedenen neuen Veranstaltungs- und Publikationsformaten gesammelt (Beispiele: Euro-Lunch, Speed-Dating, Sonderbeilage WK/NZ). Im Jahr der Wahl zum Europäischen Parlament wurde 2014 ein öffentlicher Wahlauftrag initiiert, der von vielen Institutionen in Bremen unterstützt wurde und auch online mitgezeichnet werden konnte. Auch die Social Media werden seit einigen Jahren verstärkt zur europapolitischen Kommunikation eingesetzt, um die Nutzbarkeit dieses Kommunikationskanals insbesondere für jüngere Zielgruppen zu prüfen.	BBE
96.	23	Die Bevollmächtigte stellt mit dem EuropaPunktBremen (epb) im Haus der Bremischen	Seit 2007 werden mittlerweile vom EPB und in Kooperation mit Dritten jährlich rd. 70 Veranstaltungen zu europapolitischen Themen unterschiedlichen Formats für	BBE

		Bürgerschaft ein zentrales Forum der Begegnung für öffentliche Information und Diskussion über europapolitische Fragen zur Verfügung.	verschiedene Zielgruppen im EPB realisiert. Der EPB ist inzwischen als feste Größe bekannt und wird als europapolitisches Forum gut angenommen (jährlich mehr als 6000 Besucher).	
97.	23	Das Angebot an Fortbildungen für Bremer Lehrkräfte zu Europa wird in Abstimmung zwischen der EU-Abteilung und der Bildungsbehörde weiter ausgebaut.	Seit 2008 werden regelmäßig in Bremen und Bremerhaven Fortbildungen für Lehrkräfte durchgeführt. Neben einer langfristigen Planung werden Veranstaltungen auch kurzfristig angeboten, um auf aktuelle Themen reagieren zu können. Neben inhaltlichen Themen stehen stets neue didaktische Ansätze im Mittelpunkt. Die Qualität der Fortbildungen konnte gesteigert werden, indem ein Netzwerk – u.a. mit Institutionen außerhalb Bremens - etabliert wurde, über das besonders qualifizierte ReferentInnen gewonnen werden können.	BBE, SBW
98.	23	Das Konzept der Europaschulen wird weiter etabliert und es soll auf eine stärkere Einbindung Bremerhavens geachtet werden.	Im Jahr 2013 fand die Rezertifizierung der bestehenden Europaschulen statt. Deren uneingeschränktes Interesse daran, als Europaschule bestehen zu bleiben, sowie die gleichbleibend hohe Qualität der europapolitischen Profile dieser Schulen können als Indikatoren für eine Etablierung des Konzepts betrachtet werden. Lehrkräfte aus Bremerhaven nehmen verstärkt an Fortbildungen zu EU-Themen statt, was als Zeichen dafür gedeutet werden kann, dass sich dortige Schulen für die Ausbildung von europäischen Profilen einsetzen. Das bestehende Zertifizierungsverfahren soll zeitnah um die Möglichkeit einer Anwartschaft ergänzt werden, um die Bewerbung von Schulen zu erleichtern. Die Öffentlichkeitsarbeit zum Europaschul-Zertifikat wird ausgebaut.	SBW, BBE
99.	23	Die unter Federführung der EU-Abteilung entwickelte Website über EU-geförderte Projekte sowie über Netzwerke mit bremischer Beteiligung wird kontinuierlich aktualisiert und erweitert.	Die Internetplattform Bremer EU-Projekte bedarf einer kontinuierlichen Pflege. Insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Förderperiode werden die Daten aktualisiert und fortgeschrieben.	BBE

Legende

- BBE – Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa
- BHV – Magistrat Bremerhaven
- SBW – Senatorin für Bildung und Wissenschaft
- SF – Senatorin für Finanzen
- SfK – Senator für Kultur
- SG – Senator für Gesundheit
- SK – Senatskanzlei
- SKJF – Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
- SUBV – Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
- SWAH – Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
- ZGF – Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

02 Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18.
Legislaturperiode vom 10. Juli 2012

(Vorlage 1903/18)

Frau Staatsrätin Hiller

Zustimmung zum Beschlussvorschlag auf Seite 2 der Vorlage.